

Angela Merkel: Dies war ein Parteitag des Aufbruchs

Das Signal nach außen ist gesetzt: Wir wollen kämpfen. Wir sind wieder da. Jetzt kommt es aber auch darauf an, den Aufbruch in die Partei hineinzutragen und zu gestalten. Denn Aufbruch ist noch keine geleistete Arbeit. Wir haben also eine Menge vor uns.

In ihrem Schlusswort zum 13. Partei in Essen hat die Parteivorsitzende die Aufgaben, die vor uns liegen, noch einmal zusammengefaßt:

→ *Wir müssen die Beschlüsse für Transparenz in unserer Finanzordnung umsetzen. Wir sind auf die Solidarität der Kreisverbände, auf die Solidarität unserer Mitglieder angewiesen. Wir werden sie einfordern und mit ihnen diskutieren.*

→ *Wir werden die Essener Erklärung weiter bearbeiten müssen. Sie gibt uns eine Tagesordnung: In Bundestag und Bundesrat wird uns ganz intensiv das Thema einer gerechten Steuerreform für den Mittelstand beschäftigen.*

→ *Wir werden uns mit den Fragen des Technologiefortschritts befassen.*

→ *Wir werden schauen müssen, wie wir in den parteiübergreifenden Rentengesprächen unsere Vorstellungen deutlich machen.*

→ *Und wir müssen aufpassen, dass Europa ein Europa der Bürger wird.*

Für Mehrheiten in Nordrhein-Westfalen kämpfen

Als allererstes aber (die Parteivorsitzende wendet sich an Jürgen Rüttgers) wollen wir den Freunden in Nordrhein-Westfalen und ganz besonders Ihnen als Spitzenkandidat helfen, die sozialdemokratischen Burgen in Düsseldorf zu stürmen, nachdem das bei den Kommunalwahlen so toll geklappt hat.

Die nächsten vier Wochen heißt es, für Mehrheiten in Nordrhein-Westfalen kämpfen. Dem fühlen wir uns verpflichtet. Dabei wollen wir alle mitmachen.

Wenn wir uns das nächste Mal auf einem Bundesparteitag treffen, haben wir wieder zwei Landtagswahlen zu bestehen gehabt, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg. Das heißt also, wir haben nicht zu rasten und nicht zu ruhen, sondern wir haben viel vor, wir haben zu kämpfen. ■



NEUANFANG. WIR FREUEN UNS – mit diesen Worten auf einem großflächigen Transparent an der Südseite des Konrad-Adenauer-Hauses in Bonn haben die Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle am 13. April die neue Parteivorsitzende Angela Merkel und den neuen Generalsekretär Ruprecht Polenz begrüßt. Die Partei stehe vor der großen Aufgabe, eine Renaissance als Mitgliedernpartei einzuleiten, erklärte Ruprecht Polenz. Und von der Bundesgeschäftsstelle werde ein wichtiger Anstoß dazu ausgehen.

HEUTE AKTUELL

● Friedrich Merz:

Auf der Tagesordnung steht wieder die Sachauseinandersetzung. Seite 3

● Annette Schavan:

Wir wollen den Wettbewerb um eine bessere Bildungspolitik. Seite 14

● Angela Merkel:

Lieber Norbert Blüm, alles Gute, und bleiben Sie uns treu. Seite 19

● Hartmut Nassauer:

Das Generalthema europäischer Politik ist die Erweiterung. Seite 21

● Edmund Stoiber:

Wir haben die Chance, das

rot-grüne Intermezzo zu beenden. Seite 27

● Altersversorgung

Renten Anpassung bringt nur wenig mehr als einen 10-Mark-Schein. Seite 40

● Energiepolitik

Ohne Union keine Einigung über die Zukunft der Kernenergie. Seite 42

● Grundgesetz

Mit konkreten Initiativen den Tierschutz verbessern. Entschließungsantrag der CDU/CSU. Seite 44

● IT-Spezialisten

Zustimmung zur Aktion „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“ wächst. Seite 47

● Beschäftigung

Neue Bilanz auf dem Arbeitsmarkt ernüchternd. Seite 48

● Wehrbeauftragte

Claire Marienfeld gebührt unser aller Dank. Seite 49

● Gratulation

Angela Merkel: Sie haben die Menschen mit Ihrem Wort bewegt. Richard von Weizsäcker zum 80. Geburtstag. Seite 50

● Dokumentation

Beschlüsse des 13. Parteitag:

- ▶ Zur finanziellen Konsolidierung der Bundespartei
- ▶ Reform der Parteiarbeit
- ▶ Sonstige Beschlüsse Innenteil

Friedrich Merz:

Auf der Tagesordnung steht wieder die Sachauseinandersetzung

Wir haben gestern Angela Merkel mit einem großartigen Wahlergebnis zur neuen Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt. Lassen Sie mich zunächst im Namen aller Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihr zu diesem großartigen Wahlergebnis herzliche Glückwünsche aussprechen.

Ich tue das auch ganz ausdrücklich im Namen unseres ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Michael Glos, und aller Kolleginnen und Kollegen der CSU. Wir können stolz darauf sein, Angela Merkel als die erste Vorsitzende einer der großen Volksparteien in der Bundesrepublik Deutschland in unseren Reihen zu haben.

Wie Angela Merkel ist auch Ruprecht Polenz Mitglied unserer Bundestagsfraktion. Auch ihm gilt unser herzlicher Glückwunsch. Wir werden in der Bundestagsfraktion gut zusammenarbeiten.

Liebe Freunde, wie die Partei vollzieht auch die Bundestagsfraktion in diesen Wochen einen Generationenwechsel. Vielleicht wird uns allen – ich jedenfalls gebe es gerne zu – erst auf diesem Parteitag so richtig klar, was in den letzten Wochen und Monaten geschehen ist. Für uns hat sich viel verändert. Aber auch für die Bundesregierung mit Gerhard Schröder wird sich viel verändern. Vielleicht hat sich sogar schon etwas verändert: Sie alle sind nämlich über Nacht mindestens zehn Jahre älter geworden.

Ich möchte mich zu Beginn meines Berichtes bei all denen bedanken, die mir zur Wahl zum Vorsitzenden der Bundestagsfraktion gratuliert haben. Ich nehme diese

Glückwünsche stellvertretend entgegen für alle Mitglieder des Fraktionsvorstandes, die neu oder wieder gewählt worden sind. Wir nehmen die Glückwünsche als Ansporn und Ermunterung, um in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode, in den nächsten zweieinhalb Jahren, die Auseinandersetzung mit der rot-grünen Bundesregierung wieder mit Energie und mit der Kraft der besseren Argumente neu aufzunehmen und fortzuführen. Die Schonzeit ist vorbei! Jetzt wird zur Sache geredet, Herr Schröder!

Lassen Sie mich auch ein herzliches Wort des Dankes an unseren langjährigen Vorsitzenden Wolfgang Schäuble richten. Lieber Herr Schäuble,

**Bericht des Vorsitzenden
der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag,
Friedrich Merz am 11. April**

Sie selbst haben gestern an das erinnert, was Sie auf dem Parteitag im Herbst 1998 in Bonn gesagt haben, als Sie zum Parteivorsitzenden gewählt worden sind. Sie haben gesagt: „Wir wollen alle Wahlen im nächsten Jahr gewinnen.“

Na ja, seien wir ehrlich, manch einer von uns hat sicherlich gedacht oder vielleicht auch leise gesagt: Das muss er jetzt so sagen. Er möchte mit Optimismus das neue Amt des Parteivorsitzenden angehen. Aber dann, liebe Freunde, haben wir alle sieben Landtagswahlen des Jahres 1999 gewon-

nen: in Hessen mit Roland Koch, in Bremen mit Hartmut Perschau, in Brandenburg mit Jörg Schönbohm, im Saarland mit Peter Müller, in Thüringen mit Bernhard Vogel, in Sachsen mit Kurt Biedenkopf und in Berlin mit Eberhard Diepgen. Wir haben alle gewonnen!

Im Juni des letzten Jahres konnten wir die Europawahl so gut für uns entscheiden, dass CDU und CSU die mit Abstand größte Gruppe aller Parteien im gesamten Europäischen Parlament stellen können.

Jürgen Rüttgers und die CDU an Rhein und Ruhr sind unverändert stolz auf die 50,3 Prozent, die wir bei den Kommunalwahlen am 12. September des letzten Jahres erzielt haben. Wir stellen seitdem, lieber Herr Stoiber, mehr Landräte und Oberbürgermeister an Rhein und Ruhr als die CSU in Bayern.

Dies ist ja nicht ganz neu für Sie. Sie waren am letzten Donnerstag Abend in meinem Bundestagswahlkreis, und Sie haben dort besonders viel Beifall bekommen, als Sie bei mir zu Hause, im Hochsauerlandkreis, in den voll besetzten Saal hinein gesagt haben: Das ist ja hier wie in Bayern.

Lieber Herr Stoiber, wenn ich nach der gewonnenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom oberen Ruhrtal zu Ihnen an die Isar in Ihren Wahlkreis komme, dann bin ich sicher, dass ich denselben Beifall bekomme, wenn ich dort sage: Das ist ja hier genauso schön wie in Nordrhein-Westfalen.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, die Erfolge des letzten Jahres wären alle nicht möglich gewesen, wenn uns Wolfgang Schäuble nicht schnell aus dem Schock der Niederlage bei der Bundestagswahl im Herbst 1998 herausgeführt hätte, wenn er uns nicht Mut gemacht hätte und Siegeszuversicht vermittelt hätte, dass wir es gemeinsam mit unseren Freun-

den in den Ländern schaffen können, und dass wir die bessere Alternative sind.

Dann ging diese Erfolgsserie des Jahres 1999 plötzlich, innerhalb weniger Wochen, zu Ende. Seit November des letzten Jahres haben wir die tiefste Krise unserer Geschichte zu bestehen. Aber wir können und wir werden sie bestehen, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass wir auch nach der verlorenen Bundestagswahl wieder gewinnen konnten und dass wir eine Parteibasis haben, auf die wir uns verlassen können und auf die wir stolz sein können.

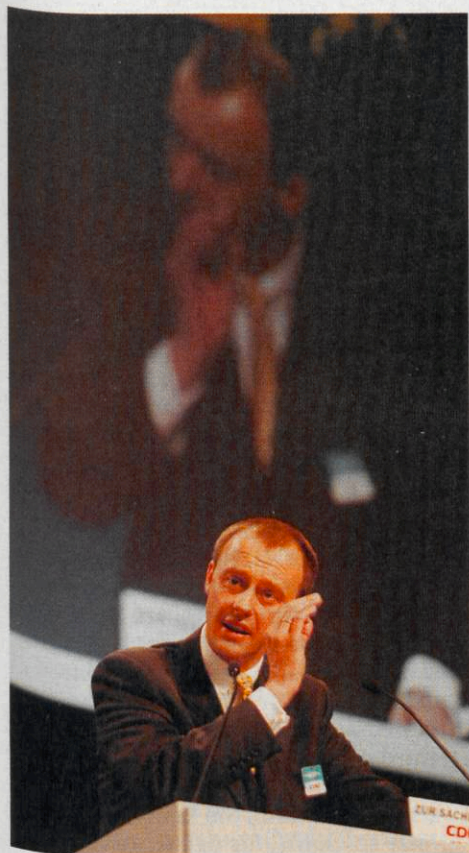
Dies gibt uns Selbstvertrauen, und dies bleibt nicht zuletzt das besondere Verdienst von Wolfgang Schäuble.

Deswegen lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal sagen, was ich auch in der Bundestagsfraktion gesagt habe, als wir heute vor genau sechs Wochen den Stabwechsel vollzogen haben. Sie, lieber Herr Schäuble, haben mehr als acht Jahre die Bundestagsfraktion geführt. Ich möchte Ihnen heute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen sagen: Wir brauchen Sie auch zukünftig in der Bundestagsfraktion, und wir können und wir wollen auf Sie nicht verzichten.

(Anhaltender Beifall)

Meine lieben Freunde, Opposition im Deutschen Bundestag zu sein ist nur die zweitschönste Aufgabe. Aber es ist eine notwendige Aufgabe in der Demokratie. Wir sind mit 245 Abgeordneten seit dem 27. September 1998 die größte Oppositionsfraktion im deutschen Parlament. Wir sind als Opposition gleichberechtigter und konstitutiver Teil der parlamentarischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Ohne uns wäre die Demokratie in Deutschland keine Demokratie.

Deshalb haben wir nicht nur einen parteipolitischen Auftrag. Wir haben auch einen verfassungspolitischen Auftrag zu erfüllen, nämlich die Regierung zu kontrollie-



ren, sie zu kritisieren und Alternativen zur rot-grünen Regierungspolitik zu entwickeln. Dieser Auftrag wird uns helfen, das Vertrauen bei den 17,3 Millionen Bürgerinnen und Bürgern zu erhalten, die uns bei der letzten Bundestagswahl gewählt haben, und es bei denen zurückzugewinnen, bei denen wir es bei den letzten Bundestagswahlen verloren haben.

Nach der personellen Erneuerung an der Spitze der Fraktion und der Partei steht nun wieder die Sachauseinandersetzung mit der Bundesregierung auf der Tagesordnung.

Die Herausforderungen, vor denen Deutschland und Europa zu Beginn des 21. Jahr-

hunderts stehen, liegen ziemlich klar auf der Hand: Mit 4,2 Millionen Arbeitslosen ist das größte gesellschaftspolitische Problem – nicht arbeitsmarktpolitische Problem – unseres Landes trotz aller rot-grünen Versprechungen unverändert nicht gelöst.

Die Europäische Union macht sich auf den Weg zu ihrer größten Erweiterung, deren Dimension für uns alle erst langsam wirklich klar wird.

Der Frieden in der Welt, auf dem europäischen Kontinent, ist immer wieder gefährdet. Mit Deutschland verbinden sich deshalb viele Hoffnungen, dass wir helfen, den Frieden zu bewahren und ihn dort, wo er verloren gegangen ist, wieder herzustellen.

Schließlich, liebe Freunde, verlangen nicht nur die jungen Menschen in unserem Land gerade von uns, von der Union, Lösungen für unverändert bestehende umweltpolitische Aufgaben. Der Nord-Süd-Konflikt spitzt sich zu, Hunger, Umweltzerstörung und Migration fordern Lösungen. Fehlansätze auch hier bei Rot-Grün!

Das ist nicht nur das Urteil der Opposition im Deutschen Bundestag: Die rot-grüne Bundesregierung hat zu allen diesen Fragen bisher keine oder grundlegend falsche Antworten gegeben. Lassen Sie mich einige Beispiele aufzählen:

Die Arbeitsmarktlage in Deutschland zeigt bisher keinerlei Anzeichen einer durchgreifenden Besserung. Von einem „Jobwunder“ etwa sind wir in Deutschland weiter entfernt denn je zuvor. Im Gegenteil, die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland ist zum Ende der letzten Legislaturperiode mit dem Regierungswechsel zu Rot-Grün jäh beendet worden. Zur Erinnerung: Noch im letzten Jahr der alten Regierung hat es in der Bundesrepublik Deutschland einen Beschäftigungszuwachs von fast 300 000 gegeben.

Allein die demographische Veränderung wird dafür sorgen, dass etwa 200 000 Erwerbstätige weniger im Jahr Arbeit suchen. Saisonale Einflüsse und eine bessere konjunkturelle Lage, die vom Ausland getragen wird, verschönern die Statistik.

Der Aufbau Ost ist geprägt von nach wie vor überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit – am höchsten dort, wo SPD und PDS gemeinsam regieren. So sieht das aus, wenn der Kanzler etwas zur Chefsache erklärt!

Nun flüchtet sich die Bundesregierung in europäische Beschäftigungspolitik. Wir erinnern uns doch noch gut: Als wir gesagt haben, woran es liegt, dass die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen doppelt so hoch ist wie in Baden-Württemberg, woran es liegt, dass die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen doppelt so hoch ist wie in Bayern, hat man uns den Vorhalt gemacht, das müsse man alles in bundespolitischer Zuständigkeit regeln, dafür brauche man die Bundesregierung.

Jetzt haben wir seit eineinhalb Jahren eine neue Bundesregierung. Jetzt heißt es, die Bundesrepublik Deutschland allein könne dieses Problem nicht lösen, es müsse auf europäischer Ebene gelöst werden.

Aber ich frage einmal: Was sollen die Länder wie die Niederlande, unsere unmittelbaren Nachbarn hier im Westen, Dänemark, Luxemburg, Österreich, Portugal, Irland und selbst Großbritannien ein Interesse daran haben, mit der Bundesrepublik Deutschland eine gemeinsame Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu machen? In diesen Ländern liegt die Arbeitslosigkeit mittlerweile bei 3 bis 4 Prozent. In diesem Ländern ist volkswirtschaftlich praktisch Vollbeschäftigung erreicht.

Nein, die Beschäftigungsprobleme in Deutschland lassen sich nicht auf europäischer Ebene lösen. Vielmehr lassen sie sich nur in nationaler Kraftanstrengung lösen, wenn wir uns dem Wettbewerb in Europa und in der Welt stellen.

In Wahrheit ist das Beschäftigungsproblem in der Europäischen Union im wesentlichen ein Beschäftigungsproblem der vier großen Mitgliedstaaten Spanien, Italien, Frankreich und eben Deutschland.

Deutschland stellt seit dem 1. Januar 1999 mit seinen 82 Millionen Einwohnern und mit seiner Wirtschaftskraft rund ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes aller elf Euro-Teilnehmerstaaten. Deswegen ist die Beschreibung richtig, dass die anhaltende Schwäche des Euro im Verhältnis zu den anderen großen Währungen dieser Welt, insbesondere gegenüber dem Dollarraum, auch und gerade ein Ausdruck der wirtschaftspolitischen Schwäche der Bundesrepublik Deutschland ist.

Damit kein falscher Eindruck entsteht: Ich persönlich habe immer zu denen gezählt, die von Anfang an das Projekt des Euro für einen richtigen, einen notwendigen Schritt der politischen und der ökonomischen Integration der Europäischen Union gehalten haben. Nach innen hin ist der Euro dank der Politik der Europäischen Zentralbank jedenfalls im wesentlichen stabil. Sie haben es bis jetzt geschafft, für den Euro nach innen seit mehr als einem Jahr Währungsstabilität zu garantieren.

Aber für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem amerikanischen Dollar und anderen großen Währungen ist die Europäische Zentralbank nicht zuständig.

Für den Wechselkurs ist die Wirtschaftspolitik zuständig. Wenn es richtig ist, dass der Wechselkurs einer Währung so etwas ist wie der Aktienkurs einer Volkswirtschaft, dann ist der Tiefstand des Euro seit dem Amtsantritt der Regierung Schröder der täglich neue Beweis seiner wirtschaftspolitischen Inkompetenz.

Nun verkündet der Bundeskanzler in der letzten Woche im Rahmen einer Regierungserklärung stolz, es sei im Vorjahres-

vergleich gelungen, in Deutschland 20 000 neue Beschäftigte zu gewinnen. Nur 20 000! Sie sind ganz schön bescheiden geworden! Bei 4,2 Millionen Arbeitslosen in Deutschland bedeutet das: es würde 210 Jahre dauern, bis in Deutschland wieder Vollbeschäftigung erreicht ist. Meine Damen und Herren, die Regierung muss nach zwei Jahren wieder weg, weil sie es nicht schafft, in Deutschland mehr Beschäftigung zu organisieren.

Wir alle kennen den Einwand, der uns gerade an dieser Stelle von SPD und Grünen entgegengehalten wird. Immer wieder und bis heute sagen sie: Ihr habt doch 16 Jahre lang Zeit gehabt, das Beschäftigungsproblem in Deutschland zu lösen.

Damit auch hier die Erinnerung nicht gefälscht wird: Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1982 bis 1990, also in der ersten Hälfte der Amtszeit der Regierung von CDU, CSU und FDP, den größten Zuwachs an Beschäftigung gehabt, den es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat, und zwar innerhalb von zehn Jahren fast 3 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. So etwas ist in Deutschland bisher nie wieder der Fall gewesen. Einen solchen Beweis von wirtschaftspolitischer Kompetenz ist uns die rot-grüne Bundesregierung bis heute schuldig geblieben.

Es tritt das glatte Gegenteil einer Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen in Deutschland ein. Die Unternehmen in Deutschland, insbesondere der Mittelstand, werden seit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung steuerlich höher belastet denn je zuvor. Mit der Ökosteuer treibt die Bundesregierung unter dem Deckmäntelchen einer so genannten „ökologisch-sozialen Steuerreform“ die Verbraucherpreise und die Kosten der Unternehmen in die

Höhe, ohne dass damit die Probleme der Rentenversicherung in Deutschland auch nur im Ansatz gelöst sind.

Folgerichtig und unvermeidlich ist in Deutschland die Staatsquote im ersten Jahr der rot-grünen Politik wieder auf 49 Prozent angestiegen – und sie steigt weiter. Aber ein Land, das rund die Hälfte seines Bruttoinlandprodukts durch den Staat verbraucht – und das mit steigender Tendenz –, solch ein Land ist keine Soziale Marktwirtschaft mehr. Wenn es auf dem Weg in die Staatswirtschaft so weitergeht, wird es tatsächlich eine Staatswirtschaft mit einem abnehmenden privaten Sektor.

Deswegen müssen wir sie beim Wort nehmen, wenn es darum geht, die Abgaben- und Steuerbelastung in Deutschland zu senken.

Verkorkste Gesetze wie die Neuregelung der 630-DM-Beschäftigungsverhältnisse und das zur so genannten Scheinselbstständigkeit vernichten in Deutschland in großem Umfang Arbeitsplätze. Gleichzeitig wächst die Schattenwirtschaft mehr als doppelt so schnell wie die offiziell erfasste Wirtschaftsleistung.

Meine Damen und Herren, Schattenwirtschaft, geringfügige Beschäftigung und die so genannte bzw. tatsächliche Scheinselbstständigkeit haben eine Ursache gemeinsam, die unverändert, ja stärker denn je fortbesteht: Die Menschen in Deutschland – Arbeitnehmer wie Unternehmer – weichen dem regulären Arbeitsmarkt aus, weil sie seine Bedingungen nicht mehr bereit sind zu akzeptieren, weil sie Leistung und Gegenleistung von Arbeit und Bezahlung, von Steuern und staatlichen Leistungen, von Sozialversicherungsbeiträgen und Absicherung für Krankheit und Alter nicht mehr als angemessen ansehen. Wer das Gleichgewicht daher wieder herstellen will, wer das ohne Zweifel vorhandene große Volumen an Arbeit in Deutschland

wieder in Beschäftigung umwandeln will, der muss dafür die Bedingungen in Deutschland nachhaltig verbessern.

Wir werden uns deshalb heute noch – so hoffe ich jedenfalls – gründlich mit wichtigen Fragen der Bildungspolitik befassen. Ein Land, das über keine dauerhaft ertragreichen Rohstoffe verfügt, kann den weltweiten Wettbewerb um zukünftige Arbeitsplätze nur bestehen, wenn sein Bildungsangebot optimale Chancen bietet, Chancen nach individueller Begabung und individuellen Fähigkeiten.

Die Defizite, die die Bildungspolitik zu verantworten hat, sind allerdings nicht durch Zuwanderung von außen auszugleichen. Deshalb hat Jürgen Rüttgers Recht, wenn er verlangt, dass gerade hier in Nordrhein-Westfalen die Bildungsanstrengungen verstärkt werden. Liebe Freunde, Jürgen Rüttgers hat Anspruch darauf, vor der Kritik von Clement und Schröder, die in den letzten Tagen ständig wiederholt worden ist, in Schutz genommen zu werden.

Es sind die unionsgeführten Landesregierungen und die unionsgeführte Bundesregierung gewesen, die die Zeichen der Zeit in der Bildungspolitik erkannt haben. Es sind unverändert SPD-geführte Bundesländer, die unseren Kindern Ausbildungs- und Bildungschancen vorenthalten.

Völlig richtig schreibt deshalb die Tageszeitung „Die Welt“ vor gut zwei Wochen dazu:

„Es war die linke eliten- und leistungsfeindliche Bildungspolitik, die über Jahrzehnte hinweg das Qualifikationsniveau so gesenkt hat, dass nun immer mehr Deutsche zum Straßensfegen nicht willig und zum Computer-Programmieren nicht fähig sind. Es war die linke Technologiefeindlichkeit, die den Computer als Vorboten der Vereinsamung und die Biotechnologie als Teufelszeug gebrandmarkt hat.“

Liebe Freunde, es ist gerade einmal vier Jahre her, dass die Grünen noch eine sogenannte Sozialverträglichkeitsprüfung für Computer einführen wollten. Wer solche Partner in der Koalition hat, der braucht uns heute keine Belehrung darüber zu erteilen, wie man in das 21. Jahrhundert eintritt.

Deshalb unterstützt die gesamte CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jürgen Rüttgers hier in Nordrhein-Westfalen in seinem Versprechen, nach der Landtagswahl in einer von ihm geführten Landesregierung endlich die Bildungspolitik zu machen, die den Rückstand gegenüber Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen, Hessen und allen anderen von uns regierten Bundesländern aufholt.

Übrigens, im Zusammenhang mit der so genannten Green Card, die ja keine Green Card ist, sondern ein Einwanderungsschein, ist zu fragen: Warum legt die Bundesregierung ihren Vorschlag eigentlich nicht dem Deutschen Bundestag in Form eines Gesetzesentwurfs vor? Warum soll dies auf dem Verordnungswege geregelt werden? Warum eigentlich soll die Anwerbestoppverordnung aus dem Jahre 1973 geändert werden, die erlassen worden ist, als in Deutschland 278 000 Menschen arbeitslos waren? Was hat sich eigentlich an der bisherigen Situation geändert, dass man jetzt angesichts dessen, dass wir in Deutschland 4,2 Millionen Arbeitslose haben, diese Anwerbestoppverordnung lockert?

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren Vorschlag dem Deutschen Bundestag in Form eines Gesetzesentwurfes vorzulegen und zur Diskussion zu stellen. Dann wird sich herausstellen, dass die Vorbehalte gegen diesen spontanen Vorschlag des Bundeskanzlers in den eigenen Reihen mindestens genauso groß sind wie bei uns, liebe Freunde.

In Berlin steht in diesem Jahr eine Entscheidung an, die ohne uns nicht getroffen werden kann, nämlich die lange diskutierte und mindestens ebenso lange notwendige Steuerreform. Es ist an der Zeit – wir sprechen ja schon seit langem darüber –, dass in Deutschland endlich eine Steuerreform verwirklicht wird, mit der die hohe Steuerlast auf Investitionen und Arbeitsplätze verringert wird. Aber wenn die Sozialdemokraten bereits im Jahre 1996 bereit gewesen wären, das zu akzeptieren, was sie heute wie selbstverständlich zur Grundlage ihrer Vorschläge machen, wenn sie bereit gewesen wären, zu akzeptieren, dass wir in Deutschland bei den Investitionen und den Arbeitsplätzen eine Nettoentlastung brauchen, dann hätten wir diese Steuerreform im Jahre 1997 längst haben können.

Das Werk allerdings, das sie jetzt vorgelegt haben, konzentriert sich so ungeniert auf die großen Kapitalgesellschaften, wie man die Welt wohl nur aus den Augen des Aufsichtsrates von VW beurteilen kann.

Damit gar kein Missverständnis aufkommt: Niemand von uns hat etwas gegen große, international tätige Konzerne und Kapitalgesellschaften, Deutschland braucht sie. Die Industriegeschichte dieser Welt wäre nicht so, wie sie ist, geschrieben worden, wenn es nicht große, international tätige deutsche Unternehmen gegeben hätte und unverändert gibt. Das Rückgrat unserer Volkswirtschaft aber bilden nicht die großen Unternehmen, sondern, liebe Freunde, die kleinen und mittleren Unternehmen, die Unternehmen, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch dann bereithalten, wenn die Lage des Betriebes einmal nicht so gut ist, deren Inhaber aber mehr das Wohl des Betriebes und der Mitarbeiter im Auge haben als nur den Börsenkurs.

Der langjährige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und heutige Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung hat Recht, wenn er zur Steuerreform in der jetzigen Fassung

schreibt: Die Steuerreform ist ordnungspolitisch ein Irrweg und steuersystematisch ein Bastard. Deshalb sage ich hier für alle meine Kolleginnen und Kollegen: Die rot-grüne Steuerreform ist so, wie sie bis jetzt vorliegt, nicht zustimmungsfähig. Sie muss erheblich nachgebessert werden, wenn sie die Zustimmung der Union in Bundestag und Bundesrat finden soll.

Wir lassen uns auf diesem Kurs auch nicht von großen Industrie- und Wirtschaftsverbänden beirren. Ich habe Verständnis für die im Wesentlichen betriebswirtschaftliche Betrachtung vieler Unternehmensführer und vieler Unternehmensverbandsrepräsentanten, denen natürlich der Spatz in der Hand lieber ist als die Taube auf dem Dach. Aber wir Politiker, auch in der Opposition, haben eine andere, eine gesamtwirtschaftliche Verantwortung. Wir wollen nicht über die Steuerpolitik die Diskriminierung der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland auf Dauer festschreiben.

Aber täuschen wir uns nicht: Selbst mit einer noch so gut gelungenen Steuerreform sind die Probleme unseres Landes, insbesondere die Beschäftigungsprobleme, nicht gelöst. Der höhere Teil der Abgabenlast, der die Entstehung neuer Beschäftigung verhindert, verbindet sich mit den steigenden Sozialabgaben. Gleichzeitig überaltert die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in so hohem Maße, dass der Generationenvertrag zwischen Alt und Jung, zwischen Jung und Alt bedroht ist, wenn nicht ein neuer Ausgleich gefunden wird. Die Bundesregierung aber täuscht Rentner und Beitragszahler gleichermaßen, seitdem sie unsere Rentenreform rückgängig gemacht hat, ohne zu sagen, was an die Stelle dieser Reform treten soll.

Liebe Freunde, gleichwohl sind wir auch bei der Reform der Rentenversicherung, die der Zustimmung des Bundesrates nicht bedarf, bereit, unsere Verantwortung wahr-

zunehmen und hier mitzuwirken. Aber wir verlangen, dass die Bundesregierung ihrerseits sagt, was sie langfristig will. An erneuten Manipulationen der Rentenformel werden wir uns nicht beteiligen. Und die Glaubwürdigkeit dieser Bundesregierung ist bei den Rentnerinnen und Rentnern dieses Landes wohl endgültig zerstört, seitdem erst die vom Kanzler persönlich versprochene Beibehaltung der Nettolohnanpassung ausgesetzt wurde und die versprochene Anpassung in Höhe der Inflationsrate ebenfalls nicht eingehalten wurde. Diese Bundesregierung hat bei den Rentnerinnen und Rentnern unseres Landes jede Glaubwürdigkeit verspielt.

Auf dieser Basis wird es in der Rentenpolitik ganz sicher nicht zu einer Einigung mit uns kommen.

Gerade im Zusammenhang von Sozial- und Steuerpolitik müssen auch wir wieder lernen, ganzheitlich und in Ordnungen zu denken und politisch zu handeln. Ich werde es mir auch in Zukunft nicht nehmen lassen, Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie man im Zusammenwirken von Steuer- und Sozialpolitik eine langfristige Sicherung der Alterseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland garantieren kann. Gerade die Jüngeren in unserem Land erwarten von der neuen Führung in Partei und Fraktion Antworten. Und diese werden wir ihnen geben, liebe Freunde.

Solche Ordnungen müssen auf Werten aufbauen, sonst taugen sie nichts. Wir wollen Freiheit, Verantwortung und Solidarität. Und es ist als Erstes die Familie, die diese Werte vermitteln kann. Wir stehen unverändert für den Vorrang der Familie. Die materielle Sicherung der Familie ist wichtig. Aber Familie geht nicht in Geld auf, wie die Schröder-Regierung meint. Wir wollen ein familienfreundliches Klima in Deutschland. Wir wollen weiter an einer Gesellschaft arbeiten, die den Familien in Deutschland mehr Mut und mehr Kraft gibt und die ihnen das Ge-

fühl vermittelt, nicht die Dummen in unserer Gesellschaft zu sein.

Stillstand gibt es auch in der Umweltpolitik, seitdem die rot-grüne Bundesregierung die Verantwortung übernommen hat. Die Bundesregierung bleibt bis heute die Antwort auf die Frage schuldig, was denn nach dem Ausstieg aus der Kernenergie an deren Stelle treten soll und wie sie das zwangsläufig entstehende Klimaschutzproblem lösen will. Es war schon aufschlussreich: Noch nie ist das Urteil des Sachverständigenrates für Umweltfragen in einem Jahresgutachten so vernichtend ausgefallen wie im Umweltgutachten 2000 über die bisherige Umweltpolitik dieser Bundesregierung. Durch die einseitige Ausrichtung auf den Ausstieg aus der Kernenergie, so heißt es dort, werde Deutschland bei der CO₂-Reduktion die Ziele des Kyoto-Protokolls nicht einhalten, bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien gehöre Deutschland zu den Nachzüglern in dieser Welt. Grundwasser, Artenschutz, Abfallwirtschaft, Altlasten - überall konstatiert das Umweltgutachten gravierende Mängel.

Auch die großen Umweltverbände stellen dieser Regierung ein verheerendes Zeugnis aus, einer Bundesregierung, die großspurig durch Umweltminister und Bundeskanzler angekündigt hat, jetzt werde mit der Umweltpolitik in Deutschland erst richtig begonnen. Das Gegenteil ist richtig: Diesen Kanzler, dem so ziemlich alles Wurst ist, interessiert das nicht.

Was bedeuten schon Nachhaltigkeit, Schonung der Ressourcen und Generationenbilanz auch und gerade in der Umweltpolitik, wenn er sich nach acht Jahren Kanzler sowieso, wie er sagt, mit Doris ein schönes Leben machen will? Nein, meine Damen und Herren, wir müssen ihm früher Gelegenheit dazu geben, auch unserer Umwelt zuliebe.

Wir werden uns in diesem Frühsommer besonders intensiv der Verteidigungspolitischen Initiativen auch wieder den Fragen der Außenpolitik zuwenden. Außen- und verteidigungspolitische Kompetenz waren und bleiben Markenkern der Union. Die Auseinandersetzung darüber mit der rot-grünen Bundesregierung ist überfällig.

Die Bundeswehr steht vor großen Herausforderungen und noch größeren finanziellen Problemen. Auf die Aufgaben des 21. Jahrhunderts ist sie nicht ausreichend vorbereitet. Und es ist jenseits des fehlenden militärischen Geräts ein beispielloser Skandal – der letzte Bericht, den Claire Marienfeld als von uns gestellte Wehrbeauftragte in der letzten Woche im Deutschen Bundestag abgegeben hat, ist ein beredtes Zeugnis –, dass unseren Soldaten mittlerweile sogar Handwaschpaste und Radiergummis fehlen. Wir werden uns unverändert dafür einsetzen, dass die Wehrpflicht in der Bundeswehr bestehen bleibt und unsere Soldaten die zu ihrem Auftrag angemessene Ausstattung erhalten, liebe Freunde.

Wir werden uns in diesem Zusammenhang auch der Politik des Herrn Bundesaußenministers besonders liebevoll zuwenden. Meine Damen und Herren, dieser Mann, der von sich selbst so tief beeindruckt ist, der die Rückkehr von Auslandsreisen mittlerweile inszeniert, als ob er sich selbst als Staatsgast in Deutschland empfängt,

(Heiterkeit und Beifall)

dieser Herr, dieser Bundesaußenminister wird sich mit allen seinen Widersprüchen in Zukunft wieder häufiger der parlamentarischen Verantwortung stellen müssen. Es gibt ja in Deutschland überhaupt kein Regierungsmitglied, das dermaßen abgehoben und selbstgerecht seine Politik für unantastbar erklärt wie der Herr Bundes-

außenminister, der einen seiner alten Rollkragenpullis aus dem Schrank holen muß, damit man ihn auf den Parteitag der Grünen überhaupt noch wiedererkennt.

Liebe Freunde, auch für Herrn Fischer ist die Schonzeit jetzt vorbei!

Wie überzeugend ist eigentlich eine Außenpolitik, die auf der einen Seite bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Ansprüche an Humanität und Verwirklichung der Menschenrechte vor sich her trägt, wenn man auf der anderen Seite, wenn dann ein Staatsbesuch in Russland oder in China oder im Iran ansteht, äußerstenfalls mahndend den Zeigefinger erhebt und auch gleich zu verstehen gibt, so ernst sei das alles gar nicht gemeint?

Wie überzeugend ist eigentlich eine Außenpolitik, der es gar nicht schnell genug gehen kann, die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union zu betreiben, die aber bei der Frage von Rüstungslieferungen an die Türkei – an das befreundete NATO-Land Türkei! – einen Kotau vor den Linksideologen in der eigenen Partei vollführt und damit dem Vertrauen auch und gerade in unsere Verlässlichkeit als Partner in der NATO schweren Schaden zufügt?

Wie überzeugend ist eigentlich eine Außenpolitik, die sich auf ihre Herkunft aus den sogenannten Dritte-Welt-Bewegungen viel zugute hält, deren Entwicklungspolitik aber, wenn es konkret wird, von Konzeptionslosigkeit, Hilflosigkeit und ständig abnehmenden Haushaltsmitteln geprägt ist? Wie glaubwürdig ist diese Politik eigentlich? Nein, liebe Freunde, so eine Politik überzeugt niemanden, und sie schadet dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt.

Wir werden nicht zuletzt in der Europapolitik die Regierung zwingen, Farbe zu bekennen und im Bundestag Rechenschaft darüber abzulegen, wie es in der Europäischen Union denn weitergehen soll.

Am letzten Donnerstag habe ich in der Aussprache zur Regierungserklärung ganz bewusst darauf hingewiesen – und will es hier noch einmal tun –, welch beispielloser Skandal in der unverändert fortbestehenden Haltung der Europäischen Union gegenüber der Republik Österreich liegt, welch beispielloser Skandal diese Behandlung Österreichs ist.

Ich wiederhole es hier: Stellen wir uns doch einmal vor, was in Deutschland los gewesen wäre, wenn die alte Regierung wegen der Beteiligung der Kommunisten an der Staatsregierung in Frankreich den Staatspräsidenten nicht mehr eingeladen, gleichzeitig aber General Pinochet aus Chile zum Besuch der Hannover-Messe nach Deutschland eingeladen hätte. Stellen Sie sich einmal vor, was hier in Deutschland los gewesen wäre!

Nein, wir müssen erkennen, dass die Behandlung Österreichs ausschließlich innenpolitische Gründe hat, und zwar im wesentlichen in zwei großen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in Deutschland und in Frankreich. Es geht gar nicht um Fragen der politischen Hygiene. Es geht nicht um die Abgrenzung nach links oder rechts. Es geht ausschließlich um den Versuch, die innenpolitischen Gegner in Frankreich und in Deutschland in die rechte Ecke zu drängen. Dies, liebe Freunde, werden wir nicht zulassen. Wir lassen uns nicht aus der Mitte verdrängen! Wir lassen uns nicht an den rechten Rand drängen.

Liebe Freunde, ich zitiere, was gestern in einer großen Tageszeitung stand. Dort steht: Die portugiesischen Sozialisten waren davor, den Staatspräsidenten Russlands weiter zu isolieren. Gleichzeitig fordert der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland dazu auf, Österreich weiter zu isolieren. Der Kommentar dazu: Jetzt reicht es allmählich. Europas Sozialisten haben wohl nicht alle Tassen im Schrank.

Ich füge aus meiner Sicht hinzu: Wer immer nur auf die innenpolitische Wirkung, und zwar auf die Medienwirkung bedacht ist, der wird nie ein außenpolitisches Schwergewicht werden.

Wir treten den Wettbewerb um die schönsten Fernsehbilder, um die feinsten Anzüge, um die dicksten Zigarren mit Gerhard Schröder gar nicht erst an – Angela Merkel ganz gewiss nicht, liebe Freunde.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir überzeugen in der Sache. Deswegen fordern wir die Bundesregierung auf, sich auch und gerade in der Europapolitik für eine Fortsetzung des Kurses der letzten 40 Jahre, der letzten 50 Jahre einzusetzen. Die Europäische Union steht vor der größten Erweiterung ihrer Geschichte. Sie muss dazu selbst erweiterungsfähig werden. Allein mit einer Reihe von institutionellen Reformen in der Europäischen Union ist das nicht erreichbar. Die Europäische Union muß jetzt, in der laufenden Regierungskonferenz, den Einstieg in eine Kompetenzverteilung zwischen europäischer Ebene und Mitgliedstaaten finden. Gerade aus unserer deutschen Sicht ist dies unverzichtbar, denn die Länder in Deutschland, die mit ihrer eigenen Staatlichkeit Ausdruck unseres föderalistischen Staatsaufbaus sind, bestehen richtigerweise darauf, dass auch in Europa das Prinzip der Subsidiarität gilt, dass politische Entscheidungen immer dann, wenn es möglich ist, auf der untersten politischen Ebene getroffen werden, auf der Ebene, die den Menschen am nächsten ist.

Umso leichter werden wir dann vermitteln können, dass die großen politischen Entscheidungen in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, in der Formulierung eines gemeinsamen Rechtsrahmens für Asyl- und Ausländerpolitik, in Fragen der gemeinsamen inneren Sicherheit, in Grundsatzfragen der Umweltpolitik und nicht zu-

letzt in der Vollendung des europäischen Binnenmarktes und der Währungspolitik eben weiterhin auf europäischer Ebene getroffen werden. Nur so werden wir die Zustimmung der Menschen auch in Deutschland zu einem voranschreitenden europäischen Integrationsprozess erhalten können. Die Menschen wollen keine Konzentration aller politischen Entscheidungen auf der europäischen Ebene.

Wer Europa etwas Gutes tun will, muss dafür sorgen, dass Subsidiarität jetzt konkret wird.

So wollen wir auch in der Opposition das Erbe annehmen, das die großen europäischen Staatsmänner der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts uns aufgetragen haben. Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, Helmut Kohl und François Mitterrand haben erkannt und immer gewusst, dass die europäische Integration die große Friedens- und Freiheitsordnung für ganz Europa ist. Sie haben auch gewusst, dass Fortschritte in Europa nur erreicht werden können, wenn Deutschland und Frankreich diesen Weg gemeinsam gehen. Liebe Freunde, Rot und Grün sind dabei, die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit zu vernachlässigen. Aber ohne eine enge Zusammenarbeit und ohne die Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Frankreich kann es keine Vertiefung der Europäischen Union geben.

Trotz allem, was war, was uns beschwert, was uns aus der Vergangenheit belastet: Liebe Freunde, dieses Vermächtnis von Helmut Kohl wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sorgsam hüten, und deshalb wird Helmut Kohl, solange er dem Bundestag angehört, seinen Platz im Plenum und seinen Platz in unserer Fraktion haben.

(Beifall)

Damit wird dann auch für jedermann klar: Die Union hält Kurs auch und gerade in

der Europapolitik. Sie hält Kurs auch und gerade dann, wenn wir die Bundesregierung zwingen, ihre Prioritäten zu nennen. Sie hält Kurs, wenn es darum geht, die Menschen in Deutschland mitzunehmen in das beginnende 21. Jahrhundert mit seinen vielfältigen Chancen und Risiken.

Wir besitzen ein festes Fundament, auf dem wir stehen. Das ist die christliche Soziallehre und die evangelische Sozialethik; das ist unsere feste Verankerung in der Sozialen Marktwirtschaft; das ist unsere Bindung an liberale und wertkonservative Überzeugungen, die gerade in einer Zeit wie dieser Antworten zu geben vermögen. So wollen wir die vor uns liegende zweite Hälfte der Legislaturperiode nutzen, um Schritt für Schritt die Menschen in Deutschland wieder von unserer Politik zu überzeugen. Wir haben die besseren Ideen, wir haben die besseren Konzepte, liebe Freunde. Wolfgang Schäuble hat gestern zu Recht betont: Die Union in Deutschland wird gebraucht.

Die Bundestagsfraktion von CDU und CSU wird dazu ihren Beitrag leisten, in enger Zusammenarbeit mit den Führungen und den Vorsitzenden der beiden Schwesterparteien CDU und CSU.

Wir werden den Anspruch wieder begründen und aufrechterhalten, dass wir nicht nur die größte Volkspartei in der Bundesrepublik Deutschland sind, sondern auch wieder die bestimmende Kraft in diesem Lande – auch und gerade im Deutschen Bundestag – werden wollen. Wir wollen wieder stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag im Jahre 2002 werden. Die Arbeit daran beginnt am heutigen Tag, liebe Freunde. Ich lade Sie ein: Machen Sie mit! Helfen Sie uns! Dann werden wir, CDU und CSU, es gemeinsam schaffen. – Ich danke Ihnen herzlich.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Annette Schavan:

Wir wollen den Wettbewerb um eine bessere Bildungspolitik

Bildung bewirkt Selbstständigkeit. Bildung ist ein Schlüssel für individuelle Lebenschancen. Bildung begründet Wohlstand und wirkt als Motor für gesellschaftliche Entwicklungen. Deshalb sind wir davon überzeugt – das ist auf diesem Parteitag in vielen Reden gesagt worden –: Fragen nach Bildung und Erziehung, nach Ausbildung, Wissenschaft und Forschung gehören an die vorderste Stelle der Tagesordnung für das 21. Jahrhundert.

Deshalb müssen wir über dieses Thema sprechen – wir, die wir noch hier geblieben sind. Ich verspreche Ihnen, dass meine schöne vorbereitete Rede gleich in schriftlicher Form verteilt werden wird. Diese Rede mute ich uns in ihrer vollen Länge und Schönheit nicht mehr zu. Die können Sie dann nachlesen.

Ich sage nur wenigens gleichsam als Auftakt zu einer bildungspolitischen Debatte, die wir als Union im nächsten halben Jahr führen wollen hin zum kleinen Parteitag, auf dem wir uns eingehend und ausführlich mit der Bildungspolitik beschäftigen wollen.

Ich will nur wenige Punkte ansprechen, die gleichsam zur Botschaft dieses Parteitages gehören, die dem Essener Leitantrag zugrunde gelegt sind und die die Kernstücke unseres Aufbruchs in eine lernende Gesellschaft ausmachen.

Die Bildungspolitik der CDU muss eine Bildungspolitik sein, bei der, liebe Freunde, niemand zum Modernisierungsverlierer wird und keiner seine Talente verstecken muss.

Die Bildungspolitik der CDU orientiert sich nicht an Ideologien, nicht an Institutionen und nicht an besitzstandswahrenden Gruppen, sondern an Kindern und Jugendlichen. Die Bildungspolitik der CDU bricht eine Lanze für Kinder und Jugendliche, damit sie in unserer Gesellschaft ernst genommen werden, damit sie sich entfalten können und damit sie mit ihren Talenten wuchern können. Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt unserer CDU-Bildungspolitik.

Wir wollen den Wettbewerb um eine bessere Bildungspolitik. Wir scheuen den Wettbewerb nicht. Wir wollen einen Wett-

Rede der stellvertretenden Vorsitzenden, Annette Schavan, zur Einführung in den Antrag des Bundesvorstands „Aufbruch in die lernende Gesellschaft – Bildungspolitische Leitsätze“

bewerb um die besseren Schulen, die besseren Hochschulen und die bessere Weiterbildung. Wir wollen den Wettbewerb um geeignete Wege in eine lernende Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Im Rahmen dieses Wettbewerbs beobachten wir seit Jahren: Sozialdemokraten versuchen mit Ideen von gestern, in der Regel mit Ideen aus den 70er-Jahren, das Bildungswesen der Zukunft zu gestalten. Es kann nicht funktionieren, mit Ideen des 20. im 21. Jahrhundert Politik zu machen. Sie reden von Qualität und bauen weitere Gesamtschulen. Sie verweigern vergleich-

bare Schulabschlüsse. Sie reden von sozialer Verantwortung und verweigern jungen Menschen die Vorbereitung auf Zukunftsbranchen. Es ist schon mehrfach gesagt worden; aber man kann es nicht oft genug wiederholen: In Zeiten, in denen in Baden-Württemberg zusätzliche Studienplätze in den IT-Berufen geschaffen wurden, hat Gerhard Schröder als niedersächsischer Ministerpräsident in Hildesheim eine Fakultät für Informatik geschlossen.

Diese Widersprüche durchschauen junge Leute – und wir auch.

Hier, in NRW, sind in diesen Tagen eine Reihe von Daten genannt worden. Dies ist ein schönes und großes Land, und die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind nicht weniger begabt und nicht weniger fleißig als anderswo. Deshalb kann nicht zugelassen werden, dass die Schulen hier immer mehr ins Gerede kommen und dass Kinder und Jugendliche, wenn es um den Wettbewerb um eine bessere Bildungspolitik geht, benachteiligt werden. Deshalb brauchen wir ab dem 14. Mai eine neue, eine bessere Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Deshalb brauchen wir den Wechsel durch Jürgen Rüttgers. Es bedarf eines Ministerpräsidenten, der etwas von Bildung versteht und keine Qualitätsverluste in seinen Schulen zulässt, wie es die SPD-Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen seit 20 oder 30 Jahren tun.

Wer über Bildungspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts spricht, der muss über neue Wege des Wissenszugangs und über den demographischen Wandel sprechen, der muss sich fragen, wie es erreicht werden kann, dass in einer älter werdenden Gesellschaft genügend Ideen vorhanden sind, wie Erneuerung möglich ist und wie Zukunft gestaltet wird.

Unseren bildungspolitischen Leitantrag durchzieht wie ein roter Faden die Überzeugung: Bildung, Erfindungsgabe und

Organisation neuer Technologien – das sind die Quellen von Wohlstand, sind die eigentlichen und einzigen Wettbewerbsvorteile am Beginn des 21. Jahrhunderts. Liebe Freunde, neue Bedingungen für die Schaffung von Wohlstand und neue Bedingungen für die gesellschaftliche Entwicklung werden wir nur dann schaffen können, wenn wir unser Bildungswesen weiterentwickeln, und zwar weiter über das hinaus, was wir schon erreicht haben. Aufbruch in eine lernende Gesellschaft – das ist unsere Antwort auf die neue Quelle von Wohlstand und Entwicklung, auf Bildung und Erziehung im 21. Jahrhundert.

Wir reden aber nicht nur von Technik oder Ökonomie. Wir reden nicht nur von Köpfen. Wir sind davon überzeugt, dass Bildung nicht nur eine Frage des Kopfes, sondern auch eine Frage des Herzens ist. Deshalb sagen wir: Bildung geht nicht ohne Erziehung, und Erziehung geht nicht ohne Werte.

Es ist nicht rückwärtsgewandt, wenn wir sagen: Mut zur Erziehung! Es ist wahr, dass dies ein Satz aus den 70er Jahren ist. Aber dieser Satz ist wieder richtig am Beginn des 21. Jahrhunderts. Wenn wir Kinder und Jugendliche heute Ernst nehmen wollen, dann müssen wir Ihnen auch sagen, was trägt, was die wertvollen Grundlagen unseres Gemeinwesens sind. Wir müssen ihnen sagen, was unserer Meinung nach für die Zukunft Wert hat, was wichtig und wertvoll ist. Wir dürfen sie nicht alleine lassen, wenn es um Grundlagen, wenn es um Orientierung geht. Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch darauf, dass sie eine wirklich pädagogisch wohlwollende Begleitung bekommen.

Deshalb beschimpfen wir nicht die Lehrer. Vielmehr zollen wir ihnen Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit, eine der schwierigsten und schönsten Aufgaben in diesem Land.

In jedem Menschen stecken Talente. Darum wollen wir – auch das ist ein Kerngedanke unseres Leitetrags –, dass Kinder und Jugendliche mit musischen, mit gestalterischen, mit praktischen Talenten zum Zuge kommen. Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden. Deshalb wollen wir, dass die SPD Schluss damit macht, die Hauptschule kaputtzureden. Die Hauptschule ist die Schule, die Investitionen und Weiterentwicklung benötigt. Sie ist die Schule, die ein besonderes Lernkonzept hat.

Es ist die Schule für Kinder und Jugendliche, die nicht nur über Modelle, Theorien und Abstraktionen lernen.

Liebe Freunde, damit sind wir beim Thema Qualität. Bildungspolitik beschäftigt sich nicht nur mit Kindern, die mehr oder weniger begabt sind, sondern mit Kindern und Jugendlichen, die ganz unterschiedliche Begabungen haben. Deshalb wollen wir ein differenziertes Bildungswesen. Deshalb wollen wir mehr Qualität. Ich kann es auf der Kultusministerkonferenz seit vielen Jahren beobachten: Die Kolleginnen und Kollegen von SPD und den Grünen diskutieren und lamentieren über Qualität. Wenn es aber zur Sache geht, wenn es um die Frage der Qualitätsuntersuchungen, um vergleichbare Schulabschlüsse geht, wenn es darum geht, transparent zu machen, was in unseren Schulen geschieht, dann verweigern sie sich.

Wir sagen: Qualitätsentwicklung in unseren Schulen bedeutet vergleichbare Abschlüsse bei allen Schülern, regelmäßige Vergleichsuntersuchungen. Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch darauf, dass sie das Richtige richtig lernen und mit dem Schulabschluss etwas anfangen können.

Bildungsreformen in Deutschland – sei es in der Hochschule, sei es in der Schule oder in der Weiterbildung – müssen inter-

nationalen Maßstäben gerecht werden. Deshalb wollen wir die Fremdsprache bereits in der ersten Klasse unserer Grundschulen.

Und deshalb wollen wir, dass man in Deutschland zügiger studieren kann und dass man bereits nach zwölf Jahren das Abitur machen darf. Wir wollen einen verantwortlichen Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen.

Das durchschnittliche Alter beim Abitur läuft in Deutschland auf 20 Jahre zu. Das durchschnittliche Alter beim Examen liegt bei 29 Jahren, das durchschnittliche Alter bei der Promotion bei 34 Jahren. Das ist im internationalen Zusammenhang ein Wettbewerbsnachteil. Deshalb ist es richtig, dass wir Alternativen anbieten. Deshalb ist es richtig, dass in Thüringen Hochschulreformen durchgesetzt wurden – auch in Baden-Württemberg –, dass Studiengänge eingerichtet wurden, die die Chance bieten, in der Regelstudienzeit mit dem Studium fertig zu werden, die die Chance bieten, mit 25 Jahren selbständig beziehungsweise berufstätig werden zu können. Bildungsreform in Deutschland – auch Hochschulreform – heißt, mit der Lebenszeit der jungen Menschen verantwortlich umzugehen, heißt, nach zwölf Jahren Abitur, mit 25 Jahren Examen machen zu können, und vielleicht auch, mit 28 Jahren promoviert zu sein. Das müssen wir voranbringen, und zwar über all da, wo wir regieren – im Wettbewerb um eine bessere Bildungspolitik.

Bildungsreformen dürfen nicht am öffentlichen Dienstrecht scheitern. Das gilt für unsere Schulen, auch für unsere Hochschulen. Es reicht nicht aus, Lehrer öffentlich zu loben. Die Leistung muss sich für die Lehrerinnen und Lehrer in unseren Schulen lohnen.

Deshalb sagen wir in unserem Leitetrags: Wir wollen eine offene Diskussion über

verschiedene Leistungen im Lehrberuf. Wir wollen eine Diskussion über ein Dienstrecht, das gegenüber den Engagierten gerechter ist als das Dienstrecht, das wir jetzt haben.

Liebe Freunde, ein zentraler Punkt im Leit Antrag ist die Weiterbildung. Ich gehe darauf jetzt nicht näher ein. Aber ich bin davon überzeugt: Der Schlüssel der lernenden Gesellschaft liegt nicht primär in der Schule, auch nicht in der Hochschule. Der Schlüssel der lernenden Gesellschaft liegt im Beitrag aller Bildungseinrichtungen zu einem lebenslangen Lernen. Der Schlüssel der lernenden Gesellschaft liegt in einer qualifizierten Infrastruktur für Weiterbildung. Deshalb fordern wir die Einrichtung der Stiftung „Bildungstest“, einer Stiftung, die im Bereich der Weiterbildung Beratung, Transparenz und Auskunft über Qualität gibt. Wir wollen keine staatliche Reglementierung, wir wollen nicht mehr Verordnungen, wir wollen keine Weiterbildungspflicht. Aber wir wollen Qualitätskontrollen, Transparenz und Verbraucherschutz in diesem Bereich, und zwar über die Stiftung „Bildungstest“.

Ein Schwerpunkt ist die berufliche Bildung. Auch hier sollten wir kein Kurzzeitgedächtnis haben. Es ist keine 20 Jahre her, dass auf Titelseiten großer Wochenzeitungen stand: Ausbildung im Betrieb ist Ausbeutung.

Die Sozialdemokraten haben das damals dankbar aufgenommen. Heute wissen wir: Die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit ist die Partnerschaft von Schule und Betrieb, die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit ist die duale Ausbildung.

Deshalb finden sich in unserem Leit Antrag eine Menge Impulse, wie wir mehr Betriebe motivieren können, wie Schule und Betrieb so aufeinander abgestimmt werden,

dass zukunftsfähige Konzepte der beruflichen Bildung gewährleistet sind.

Dazu gehört aber, dass nicht nur wir in der Bildungspolitik einen Beitrag leisten. Dazu gehört auch, dass die Wirtschaft einsehen, dass mit dem Abbau von Arbeitsplätzen nicht gleichzeitig Ausbildungsplätze abgebaut werden dürfen. Liebe Freunde, Ende der 80er Jahre gab es in Baden-Württemberg noch rund 100 000 Ausbildungsplätze. Mitte der 90er Jahre waren es 67 000, und heute sind es rund 76 000. Wer in Zeiten der Rezession Ausbildungsplätze abbaut, der muss sich nicht wundern, wenn er in Zeiten des Aufschwungs qualifizierte Kräfte suchen muss. Deshalb dürfen Ausbildungsplätze nicht abgebaut werden, deshalb brauchen wir Rahmenbedingungen, damit mehr Betriebe, auch kleine Betriebe, ausbilden können. Wir brauchen flexible Ordnungen der Prüfungen. Wir brauchen eine flexible Anwendung von beruflicher Bildung in Schule und Betrieb, und wir als Christlich Demokratische Union bleiben die Lobby der beruflichen Bildung.

Duale Ausbildung ist nicht nur die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Sie ist der Bereich unseres Bildungswesens, von dem zwei Drittel aller Jugendlichen betroffen sind. Sie ist der Bereich unseres Bildungswesens, von dem viel mehr junge Menschen in ihrer weiteren Biographie betroffen sind als von dem, was in unseren Gymnasien geschieht.

Liebe Freunde, zur Hochschulpolitik: Der RCDS hat sein Bildungsprogramm vorgelegt. Wir haben im Vorfeld in der Kommission viel darüber diskutiert, wie wir unsere Hochschulen weiterentwickeln. Wir fordern die Abschaffung der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen. Es muß einen Wettbewerb geben. Studierende müssen sich ihre Hochschule und Hochschulen ihre Studierenden auswählen können.

Vor allem aber sind wir davon überzeugt, dass Weiterentwicklung der Hochschulen bedeutet, dass unsere Studierenden nicht in der Masse untergehen, dass sie als Personen wieder wahrgenommen werden. Wir brauchen kleinere Einheiten in unserer Hochschullandschaft. Wir brauchen eine ausdifferenzierte Hochschullandschaft, in der die Fachhochschulen, die Berufsakademien, spezielle Hochschulen – nicht nur riesengroße Systeme – einen großen Stellenwert bekommen. Es kann nicht sein, dass ein hochbegabter Studierender, der sich etwas Besonderes leisten will, ins Ausland geht. Er muss hier Begleitung und Tutorien finden, er muss hier in seinen Talenten wahrgenommen werden.

Der Wissenschaftsstandort Deutschland, der besser ist als sein Ruf, darf nicht kaputt geredet werden. Er braucht Weiterentwicklung in der Weise, dass Studierende aus dem Ausland hier attraktive Studienbedingungen finden und dass junge Menschen aus Deutschland in unseren Hochschulen als junge Wissenschaftler wahrgenommen werden und etwas zählen.

Deshalb haben wir auch gesagt: Wir brauchen mittelfristig Ideen zur Bildungsfinanzierung. Wer über Bildungspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts spricht, der kann sich um das Thema der Studienfinanzierung nicht dauerhaft herumdrücken. Noch haben wir unterschiedliche Meinungen, weil auch die Ausgangslagen – zum Beispiel in Ost und West – unterschiedlich sind. Klar muss aber sein: Die Christlich Demokratische Union braucht in absehbarer Zeit auch ein Konzept dafür, wie wir es schaffen, dass durch Hochschulfinanzierung und Studienfinanzierung die finanzielle Eigenständigkeit unserer Hochschulen größer wird, als sie jetzt ist. Wir wollen keine isolierte Debatte über Studiengebühren, aber die Debatte tabuisieren zu wollen und das BAföG hochzuhalten, das

ist kein Konzept für das 21. Jahrhundert. Liebe Freunde, der bildungspolitische Leitantrag ist kein neues bildungspolitisches Grundsatzprogramm. Wir haben ein bildungspolitisches Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1993. Alles, was wir jetzt tun, baut darauf auf. Es setzt Schwerpunkte, es setzt Prioritäten für eine Generation, die – das hat die 13. Shell-Studie in den letzten Wochen ganz deutlich gezeigt – eine junge Generation ist, die zuversichtlich in die Zukunft geht. Es ist eine junge Generation, die deutlich die Herausforderungen der modernen Gesellschaft spürt, eine junge Generation, die sich durch Leistungsbereitschaft, durch Ausdauer und Beharrlichkeit auszeichnet, eine junge Generation, die zu Anstrengungen bereit ist, eine junge Generation, die etwas leisten möchte. Wir müssen den jungen Menschen die Chance dazu geben. Wir müssen ihnen nicht erklären, dass die Welt sich geändert hat. Das haben sie vor uns gemerkt. Sie gehen damit nicht verängstigt und nicht bekümmert um. Sie stellen sich den Herausforderungen. Deshalb haben sie einen Anspruch auf eine bessere Bildungspolitik, deshalb haben sie einen Anspruch auf ein leistungsfähiges Bildungs-, Ausbildungs- und Hochschulwesen.

Junge Menschen bereiten sich nicht auf ein Leben in der Spaß- und Freizeitgesellschaft vor. Sie nehmen berufliche Perspektiven ernst. Sie erwarten von uns, dass wir ihnen qualifizierte Bildung und Ausbildung liefern. Deshalb möchte ich uns aufrufen, dass wir im nächsten halben Jahr die öffentliche Debatte über die besseren Alternativen der Union in Fragen von Bildung und Erziehung, von Ausbildung, Wissenschaft und Forschung führen, dass wir die besseren Alternativen dort, wo wir regieren, auch umsetzen.

Ich möchte uns einladen, dass wir das Gespräch mit jungen Menschen suchen, die

Angela Merkel:

Lieber Norbert Blüm, alles Gute, und bleiben Sie uns treu

Liebe Freunde! Ich bin an das Rednerpult gekommen, um denjenigen noch einmal zu danken, die jetzt nicht mehr im Bundesvorstand, nicht mehr im Präsidium vertreten sind: Arnold Vaatz, Christa Thoben, Claudia Nolte, Brigitte Baumeister, Otti Geschka, Christine Lieberknecht, Rita Pawelski, Anne-Katrin Glase, Peter Hinze, Heiner Geißler, Reimer Böge und Thomas Leimbach. Eberhard Diepgen erwähne ich deshalb nicht, weil er uns im Präsidium weiter beratend zur Seite stehen wird.

Stellvertretend für all die, denen ich danken möchte, nenne ich Norbert Blüm.

Lieber Norbert Blüm, ich möchte Ihnen für Ihre jahrzehntelange Arbeit im Bundesvorstand, im Präsidium und als stellvertretender Bundesvorsitzender ganz herzlich danken.

Sie werden uns fehlen. Es war zwar

nicht immer so, dass wir in allem hundertprozentig einer Meinung gewesen waren. Manchmal haben Sie Themen angesprochen, bei denen wir wussten, worum es gehen wird. Aber, lieber Norbert Blüm, ich würde mich freuen, wenn es möglich wäre, dass wir, wenn wir Rat suchen und Hilfe brauchen, weiterhin zu Ihnen kommen. Herzlichen Dank!

Ich bitte Sie, kurz nach vorne zu kommen, lieber Norbert Blüm.

Weil Sie jetzt vielleicht etwas mehr Zeit haben, auch einmal mit Ihrer Frau zusammensitzen, haben wir uns gedacht, Blumen sind vergänglich, und deshalb möchten wir Ihnen als Anerkennung und Dank eine Flasche Bordeaux – St. Emilion, Grand Cru – schenken. Das kann sich die CDU gerade noch leisten. – Lieber Norbert Blüm, alles Gute, und bleiben Sie uns treu, auch wenn Sie in den Gremien nicht mehr vertreten sind.

uns im Jahre 1999 bei allen Wahlen großes Vertrauen geschenkt haben. Dieses Vertrauen muss ausgebaut werden. Nichts interessiert junge Menschen so sehr wie die Frage nach Bildung und Erziehung, nach Zukunftsperspektiven, nach besserer Ausbildung, Wissenschaft und Forschung.

Wir setzen Signale für eine bessere Bildungspolitik, Signale dafür, dass Kinder und Jugendliche ernst genommen werden. Wir wollen nachhaltige Bildungspolitik, die der jetzt jungen Generation die Chancen gibt, die wir gehabt haben. Wir wollen junge Menschen mit ihrem Bemühen, selbständig zu werden, diese komplizierte

Welt und diese unübersichtliche Zeit zu durchschauen, jetzt nicht im Stich lassen. Wir wollen eine öffentliche Debatte über Bildung und Erziehung, und wir wollen als Christlich Demokratische Union ein starker Partner der Jugend am Beginn des 21. Jahrhunderts sein. So wollen wir die Debatte eröffnen, und auf dem kleinen Parteitag im Dezember werden wir in die Tiefe gehen, in die Details gehen, zur Sache gehen, um ein bildungspolitisches Angebot zu machen, um ein Programm vorzulegen, das junge Menschen in Deutschland überzeugt.

(Anhaltender Beifall)



Annette Schavan: Junge Menschen bereiten sich nicht auf ein Leben in der Spaß- und Freizeitgesellschaft vor. Sie nehmen berufliche Perspektiven ernst. Sie erwarten von uns, dass wir ihnen qualifizierte Bildung und Ausbildung liefern. Deshalb möchte ich uns aufrufen, dass wir im nächsten halben Jahr die öffentliche Debatte über die besseren Alternativen der Union in Fragen von Bildung und Erziehung, von Ausbildung, Wissenschaft und Forschung führen, dass wir die besseren Alternativen dort, wo wir regieren, auch umsetzen.

Hartmut Nassauer:

Das Generalthema europäischer Politik ist die Erweiterung

Die fünfte Direktwahl hat das politische Koordinatensystem im Europäischen Parlament verändert. Mit 233 Mandaten wurde die EVP die mit Abstand stärkste Fraktion. Maßgeblichen Anteil daran hatten die Unionsparteien aus Deutschland. CDU und CSU gewannen mit 53 von 99 deutschen Mandaten eine glanzvolle absolute Mehrheit, die sie zur stärksten nationalen Delegation nicht nur der EVP-Fraktion, sondern des gesamten Europäischen Parlaments machte.

Demgegenüber erreichten Sozialdemokraten und Grüne zusammen lediglich 40 Mandate. Die europäischen Wähler haben damit die politischen Gewichte nachhaltig von links zur Mitte verschoben und vor allem in Deutschland ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, dass die Zukunft Europas nicht durch die Sozialisten, sondern durch die Christdemokraten und die mit ihnen in der EVP-Fraktion zusammengeschlossenen Parteien der Mitte bestimmt werden soll. Die Analyse der Ergebnisse wie auch die Erfahrungen im Wahlkampf belegen, dass das Wahlergebnis ein Erfolg für die eindeutige, unmißverständliche Haltung der Christdemokraten in der Kampagne zur Einführung des Euro – respektiert auch von denen, die sie nicht teilten – wie auch für die klare Position im Kampf gegen Missmanagement in der Kommission und bei der Aufdeckung der BSE-Krise zu werten ist.

Unübersehbar ist auch, dass die Wähler der rot-grünen Regierung nach nur neun Monaten ihrer Tätigkeit eine klare Absage ins Stammbuch schreiben wollten.

Neue Mehrheit – neue Möglichkeiten

Die Stärkung der Mitte eröffnet für die EVP-Fraktion neue Handlungsmöglichkeiten. Bisher war zur Mehrheitsbildung im Europäischen Parlament der Konsens mit den Sozialdemokraten oft eine geradezu reflexartig eingenommene Haltung. Die Notwendigkeit ergab sich insbesondere aus den Zwängen des Mitentscheidungsverfahrens bei der Gesetzgebung. Hier muss das Parlament, um seine Position einem Gemeinsamen Standpunkt des Rates

Schriftlicher Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

gegenüber in zweiter Lesung durchsetzen zu können, eine absolute Mehrheit von 314 Stimmen zusammenbringen. Dazu war in aller Regel Kooperation der beiden großen Fraktionen des Parlaments, der Sozialdemokraten und der EVP, erforderlich. Unübersehbar kam diese Konsenshaltung einigen Mitgliedsparteien, z.B. den christlich-sozialen Volksparteien der Benelux-Länder mit reichhaltiger großkoalitionärer Erfahrung, entgegen.

Ein betont konsensualer Politikansatz birgt für Christdemokraten im Europäischen Parlament Probleme. Unzweifelhaft haben die Wähler in Deutschland bei der Europawahl nicht für die Christdemokraten votiert, um sie zum Konsens mit linken Parteien zu ermuntern. Das Wähler-votum macht vielmehr unübersehbar die

entschiedene Auseinandersetzung mit sozialistischer und grüner Politik zum Auftrag. Eine stärker mit der liberalen Fraktion und weiteren bürgerlichen Kräften abgestimmte Haltung bietet der EVP unter den neuen Mehrheitsbedingungen eher als in der Vergangenheit die politische Option, eigenen Positionen zur Mehrheit zu verhelfen.

In der ersten wichtigen Personalentscheidung des neugewählten Parlaments hat die EVP-Fraktion erstmals einen Schritt in diese Richtung getan. Nachdem die Sozialisten den legitimen Anspruch der EVP auf das Amt des Parlamentspräsidenten und die Benennung eines eigenen Kandidaten entgegen allem parlamentarischem Brauch nicht akzeptieren wollten, gelang es der EVP-Fraktion, auf der Grundlage einer Absprache mit den Liberalen, ihre Kandidatin Nicole Fontaine bereits im ersten Wahlgang gegen den Sozialisten Mario Soares mit breiter Mehrheit zur Parlamentspräsidentin wählen zu lassen.

Einsetzung der Prodi-Kommission

Die Einsetzung der EU-Kommission war eine erste Machtprobe des neuen Parlaments mit dem Rat, aber auch eine Standortbestimmung für das Parlament selbst. Nach dem Rücktritt der Santer-Kommission im Gefolge von Missmanagement und Skandalen, ausgelöst durch eine vom Parlament versagte Haushaltsentlastung für die Kommission und die Untersuchungen einer vom Parlament eingesetzten Kommission unabhängiger Sachverständiger, war das Parlament gehalten, bei seinem Vertrauensvotum für eine neue Kommission seine Verantwortung dafür zu bedenken, dass die neue Kommission hinsichtlich ihrer Kompetenz und Integrität unanfechtbar war und im übrigen ihre Bereitschaft bekundete, mit dem Parlament vertrauensvoll zusammenzuwirken. In einer besonders schwierigen Situation befand

sich dabei die CDU/CSU-Gruppe, nachdem Bundeskanzler Schröder anders als frühere Bundesregierungen und entgegen europäischen Gepflogenheiten den Unionsparteien als größten Oppositionsfraktionen Teilhabe an der Verantwortung in der Europäischen Kommission durch Benennung eines Kommissionskandidaten verweigerte. Damit wurden die beiden deutschen Kommissionsposten für die in der Europawahl vernichtend geschlagene rot-grüne Koalition reserviert und die mit Abstand stärkste politische Gruppe deutscher Europaparlamentarier von der Mitwirkung in der Kommission ausgeschlossen. So entschloss sich die EVP-Fraktion nur unter schweren Bedenken, die durch den Rücktritt der Santer-Kommission ausgelöste europäische Krise dadurch zu beenden, dass sie der Prodi-Kommission das Vertrauen aussprach.

Pötterings 5-Punkte-Papier

Zuvor hatte der neue EVP-Fraktionspräsident, der deutsche Christdemokrat Hans-Gert Pöttering, in Verhandlungen mit dem designierten Kommissionspräsidenten Prodi eine Vereinbarung ausgehandelt, in der in fünf Punkten die zukünftige Zusammenarbeit der Kommission mit dem Parlament skizziert wurde. Anwesenheitspflicht der Kommissare in Plenar- und Ausschusssitzungen, Berücksichtigung parlamentarischer Vorschläge für Gesetzesinitiativen, ernsthafte Prüfung von Rücktrittsaufforderungen des Parlaments gegen ein Kommissionsmitglied, Dialog über die Reform der Kommission und die Verpflichtung der Kommission, die institutionelle Reform im Rahmen der Regierungskonferenz voranzutreiben, beschreiben die Position eines deutlich gestärkten und erkennbar selbstbewußter gewordenen Parlaments im Umgang mit der Europäischen Kommission. Hinzu kommt, daß Wirtschaftsgesetzgebung sich inzwischen zu 2/3 auf europäischer Ebene vollzieht, und

das Europäische Parlament zu 80% im Verfahren der Mitentscheidung beteiligt ist. Der öffentliche Dialog mit der Europäischen Zentralbank ist ein zusätzlicher Beweis für gewachsene Bedeutung aber auch steigende Verantwortung des Europäischen Parlaments.

Erweiterung der EU

Das Generalthema der europäischen Politik ist die Erweiterung. Die CDU/CSU-Gruppe versteht die Aufnahme der Mittel- und Osteuropäischen Kandidatenländer in die Europäische Union als europäische Wiedervereinigung nach einem Jahrhundert mit zwei verheerenden europäischen Bürgerkriegen und damit als historische Chance vor allem für die Deutschen, nun auch mit ihren östlichen Nachbarn in gesichertem Frieden und in einem Rahmen der Freiheit, der Demokratie und des Rechts zu leben. Um diesen Schritt vollziehen zu können, muss die Europäische Union zunächst selbst ihre Erweiterungsfähigkeit herstellen; die Kandidatenländer müssen demgegenüber ihre Beitrittsfähigkeit nachweisen. Grundlage sind die Kopenhagener Kriterien von 1993. An ihrer Spitze rangieren die Forderungen nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Schutz der Minderheiten sowie die Errichtung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die dem Wettbewerb im Binnenmarkt standhalten kann.

Europäische Union und Türkei

Die Erweiterungsdiskussion hat inzwischen die Frage nach den Grenzen Europas aufgeworfen. Nach Ansicht der CDU/CSU-Gruppe war es ein verhängnisvoller Fehler des Europäischen Rates von Helsinki, der Türkei einen Kandidatenstatus für einen EU-Beitritt einzuräumen. Erfolgreich in die Europäische Union integriert werden können nur Staaten, mit denen es ein Fundament gemeinsamer Überzeugungen gibt, getragen von Geschichte,

Kultur, Wertvorstellungen, Staats- und Gesellschaftsverständnis, wie sie in dem europäischen Kulturkreis gewachsen sind. Auch eine politische Gemeinschaft braucht eine gemeinschaftliches Fundament. Das gilt insbesondere dann, wenn sie sich zu einer politischen Union weiterentwickeln will, der sie gewichtige Souveränitätsrechte übertragen will. Nur auf einer tragfähigen gemeinschaftlichen Grundlage können die auch in der Europäischen Union reichlich vorhandenen Unterschiede überwunden, vielfältig auseinanderstrebende Kräfte gebündelt und in der globalen Welt kraftvoll zur Wirkung gebracht werden. Ohne gemeinschaftliches Fundament erschöpft sich die Kraft in der ständigen Bewältigung von Zwiespälten. Für überzeugendes und geschlossenes Handeln nach außen bleibt dann kein Raum.

Die Türkei ist weit überwiegend kein europäisches Land; ihre Einbindung würde die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union bei weitem überfordern und damit auch die Zielsetzung der politischen Union entscheidend schwächen. Da die Türkei auf absehbare Zeit die Kopenhagener Kriterien nicht erfüllen wird, kann die nun bevorstehende kontinuierliche Dokumentation der Beitrittsunfähigkeit die Beziehungen zu diesem wichtigen und immer zuverlässigen Verbündeten Türkei nur belasten. Die CDU/CSU-Gruppe tritt daher uneingeschränkt für engste partnerschaftliche Beziehungen mit dem strategischen Verbündeten Türkei ein und dringt darauf, das Verhältnis EU - Türkei nicht auf eine illusorische Mitgliedschaftsperspektive zu verengen, sondern auf dauerhafte und partnerschaftliche Beziehungen zu gründen.

Regierungsbildung in Österreich

Nicht nur die geographische Reichweite der Europäischen Union wird diskutiert; auch die Frage, welchen Grad von Vertiefung sie erfahren soll, muss entschieden

werden. Darauf hat die CDU/CSU-Gruppe den Blick im Zusammenhang mit dem Konflikt um die Regierungsbildung in Österreich gelenkt. Mit ihren Sanktionen haben die 14 EU-Staaten erstmals massiv versucht, auf die Regierungsbildung eines Mitgliedstaates Einfluß zu nehmen. Dieses Vorgehen wird von dem europäischen Vertragswerk nicht gedeckt und beschreibt auch keine Entwicklung, die akzeptiert werden könnte.

Regierungsbildungen nach demokratischen Wahlen gehören zum Kernbestand souveräner Rechte, die auch zukünftig unangetastet bei den Mitgliedstaaten verbleiben müssen. Innenpolitische Entwicklungen können nur unter engen, in den Art. 6 und 7 des EU-Vertrages präzise umschriebenen Voraussetzungen Gegenstand der Einwirkung der Europäischen Union sein. Nur bei schwerwiegender und anhaltender Verletzung der Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit kann der Rat auf Antrag der Kommission oder eines Drittels seiner Mitglieder nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und Anhörung des betroffenen Mitgliedstaates einstimmig einen schwerwiegenden Regelverstoß feststellen und sodann in einem zweiten Schritt mitgliedstaatliche Rechte suspendieren.

Es ist offenkundig, daß keine dieser Voraussetzungen erfüllt sind, weder die inhaltlichen noch die eines ordnungsgemäßen Verfahrens. Die Behauptung der EU-14, man handele lediglich bilateral, umgeht die vertraglichen Anforderungen und ist damit ein Akt der Willkür. Inzwischen wird deutlich, daß Österreich vom informellen Willensbildungsprozeß in der EU de facto dadurch ausgeschlossen ist, daß österreichische Botschafter in informelle Gespräche nicht einbezogen werden und österreichische Ratsvertreter dementsprechend mit vorgefertigten Haltungen

der EU-14 konfrontiert werden, an deren Erarbeitung sie nicht teilgenommen haben. Diese Verhaltensweisen verstoßen gegen die EU-Verträge und gefährden die Einigung in der EU in allen Fragen, in denen nur einmütig und einstimmig Fortschritt möglich ist.

Die CDU/CSU-Gruppe hat daher diese Sanktionen gegen einen Mitgliedstaat von vornherein scharf abgelehnt und deutlich gemacht, daß sie in diesem Vorgehen vor allem einen Missbrauch des EU-Rahmens durch die Sozialistische Internationale sieht. Bundeskanzler Schröder kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er sich über Nachbarschafts- und Freundschaftspflichten gegenüber Österreich in besonders schäbiger Weise hinweggesetzt hat.

Regierungskonferenz 2000

Ziel der im Februar eröffneten Regierungskonferenz 2000 ist die Herstellung der Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union. Übereinstimmung besteht darüber, daß die Konferenz mindestens die unerledigten Reste der Amsterdamer Vertragsverhandlungen aufarbeiten muss. Für die Zusammensetzung der Kommission, die Stimmengewichtung im Rat und die Mehrheitsentscheidungen müssen neue Lösungen gefunden werden, wenn die Europäische Union durch die Aufnahme von bis zu 12 Mitgliedern nicht handlungsunfähig werden soll. Die geltenden Regeln zur Entscheidungsfindung aus der Zeit der Sechser-Gemeinschaft sind schon jetzt in der Union der 15 eine schwere Hypothek für eine effektive Meinungsbildung. Die CDU/CSU-Gruppe tritt daher entschieden dafür ein, daß die Europäische Union sich Entscheidungsmechanismen gibt, die ihre Handlungsfähigkeit auch für den Fall der Aufnahme von bis zu 12 Mitgliedern gewährleistet und darüber hinaus ihren Charakter als politische Union nicht verfälscht. Wenn, wie es den Anschein hat, die Zustimmung kleinerer Mitgliedstaaten

für eine Beschränkung der Zahl der Kommissare auf 20 nicht zu erreichen ist, dann muss der Kommissionspräsident künftig in die Lage versetzt werden, durch den Zugschnitt der Portfolios zwischen großen und kleineren Mitgliedstaaten in angemessener Weise zu unterscheiden. Mehrheitsentscheidungen im Rat bedürfen nicht nur der Mehrzahl der Mitgliedstaaten; diese müssen auch die Mehrheit der Bevölkerung in der Europäischen Union repräsentieren. Mehrheitsentscheidungen im Rat müssen die Regel werden und von dem Mitentscheidungsverfahren des Europäischen Parlaments begleitet sein.

Entschieden setzt sich die CDU/CSU-Gruppe dafür ein, die Agenda der Regierungskonferenz nicht auf dem gegenwärtigen Stand einzufrieren. Unterstützung findet der Vorschlag der Dehaene-Gruppe auf Teilung des Vertragswerks in einen Grundsatztteil mit Verfassungsrang, für dessen Änderung die bisherigen Ratifizierungsverfahren auch weiterhin Geltung haben sollen. Ein eher technischer Vertragsteil sollte einem erleichterten Änderungsverfahren unterworfen werden, bei dem unter Verzicht auf die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente oder Referenden eine qualifizierte Ratsentscheidung und die Zustimmung des Europäischen Parlaments genügen sollten. Bedingung dafür ist, dass alle Zuständigkeitsübertragungen von den Mitgliedsstaaten auf die Gemeinschaft ausnahmslos der Zustimmung der nationalen Parlamente bedürfen.

Kompetenzüberdehnung am Beispiel Tabakwerbeverbotsrichtlinie

Das gegenwärtige europäische Vertragswerk ist in seiner Struktur mit der Zuständigkeitsverteilung in der bundesdeutschen Verfassung nicht vergleichbar. Die enumerativen Gesetzgebungskataloge des Grundgesetzes mit ihrer klaren Trennung von

Bundes- und Länderzuständigkeiten, spiegeln eine Rechtstradition wieder, die in die Europäischen Verträge keinen Eingang gefunden hat. Die Grenzen zwischen gemeinschaftlichen und mitgliedstaatlichen Zuständigkeiten verschwimmt daher immer mehr. Die Problematik wird durch die Kommission dadurch verschärft, daß sie Kompetenzen im Zweifel ausdehnend auslegt.

Dies ist in der Auseinandersetzung um die Tabakwerbeverbotsrichtlinie besonders deutlich geworden. Da die Harmonisierung von Rechtsvorschriften im Gesundheitswesen vertraglich ausdrücklich ausgeschlossen ist, stützte die Kommission ihr im übrigen eindeutig gesundheitspolitisch motiviertes Vorgehen auf ihre Binnenmarktkompetenz. Das führte zu dem absurden Ergebnis, der vermeintlichen Gefahr wettbewerbsverzerrender Tabakwerbung dadurch zu begegnen, daß man sie kurzerhand völlig verbot. Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt daher die noch von der Regierung Kohl angestregte Klage beim EuGH, nachdem sowohl eine qualifizierte Ratsmehrheit wie auch eine Mehrheit des Europäischen Parlaments das bedenkliche Vorgehen der Kommission unterstützt hatte.

Kompetenzkatalog

Aus diesem wie aus anderen Beispielen folgt, daß nunmehr Klarheit darüber geschaffen werden muß, wofür die Europäische Union zuständig sein soll und wofür die Mitgliedstaaten. Diese Klarheit kann am ehesten durch einen Kompetenzkatalog mit klarer Trennung der gemeinschaftlichen und mitgliedstaatlichen Befugnisse herbeigeführt werden. CDU und CSU sind davon überzeugt, dass Europa mehr Zustimmung erwerben wird, wenn eindeutiger als bisher geklärt ist, was die Europäische Union tun darf und soll, und welche politischen Aufgaben weiter Sache der Mitgliedstaaten sind. ■

Friedrich Merz: Die gesamte CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt Jürgen Rüttgers in Nordrhein-Westfalen in seinem Versprechen, nach der Landtagswahl in einer von ihm geführten Landesregierung endlich die Bildungspolitik zu machen, die den Rückstand gegenüber Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen, Hessen und allen anderen von uns regierten Bundesländern aufholt.



Angela Merkel: Nehmen Sie das, was Sie von Annette Schavan, was Sie von Jürgen Rüttgers gehört haben, mit in Ihre Orts- und Kreisverbände und diskutieren Sie darüber. Ich bin der festen Überzeugung: Nicht nur im Wahlkampf von Nordrhein-Westfalen, sondern überall sind Eltern interessiert, ins Gespräch über die Zukunft der Bildung zu kommen.

Edmund Stoiber:

Wir haben die Chance, das rot-grüne Intermezzo zu beenden

Mein Gruß und die Gratulation der gesamten CSU gelten heute zuallererst der neuen Vorsitzenden der CDU, Angela Merkel, sowie dem gesamten neuen Führungsteam der CDU. Liebe Frau Merkel, ich gratuliere Ihnen auch persönlich zu Ihrer gestrigen beeindruckenden Rede und auch dazu, wie Sie die Positionen der CDU und auch der Union insgesamt dargestellt haben. Ich gratuliere Ihnen natürlich auch zu dem fantastischen Wahlergebnis, das nicht einmal CSU-Vorsitzende leicht erreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie haben – auch darf das ich hier sagen – in den letzten Monaten vor allem Glaubwürdigkeit, Durchsetzungskraft, Mut und auch Geradlinigkeit bewiesen. Damit haben Sie sich viele Sympathien weit über die CDU hinaus erworben. Das ist ein Vertrauenspotenzial, auf dem die CDU jetzt aufbauen kann und muss. Ich füge als Vorsitzender der Schwesterpartei, der CSU, hinzu: Bei dieser Aufbau- und Erneuerungsarbeit haben Sie die CSU als stabilen und verlässlichen Partner an Ihrer Seite.

Ich wünsche mir eine starke CDU – im Interesse Deutschlands und auch im Interesse meiner Partei. Nur gemeinsam können wir, wie das Friedrich Merz gerade ausgeführt und gefordert hat, die bürgerliche Mitte wieder zur stärksten Kraft in Deutschland machen. Natürlich gibt es über den Weg dorthin – wie in der Vergangenheit auch – immer wieder Diskussionen zwischen CDU und CSU, wie es sie auch innerhalb der CSU und innerhalb der CDU

gibt. Dass CDU und CSU auch einmal unterschiedliche Blickwinkel in Richtung des gemeinsamen Zieles haben, ist für zwei selbstständige Parteien ganz normal.

Wir werden uns aber – das sage ich an die Adresse aller unserer politischen Konkurrenten – von niemandem auseinander dividieren lassen.

Alle Versuche – von wem auch immer –, CDU und CSU gegeneinander auszuspielen, werden scheitern. Die Menschen müssen spüren, dass CDU und CSU für die Zukunft unseres Landes arbeiten und dabei an einem Strang ziehen. Deswegen Glück auf und auf eine gute Zusammenarbeit!

Frau Merkel, Sie haben gestern in Ihrer Rede auch von einem langen Marsch gesprochen. Am Ende meiner Rede darf ich

Rede und Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Ministerpräsident Edmund Stoiber, am 11. April

Ihnen symbolisch ein Marschgepäck für schwierige Wegstrecken mitgeben. Ich habe mir gedacht, ein roter Rucksack – als Herausforderung – mit Boxhandschuhen ist ein Symbol für Kampfkraft und Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. In dem Rucksack ist auch ein weiß-blauer Regenschirm als Zeichen der Verlässlichkeit und der Solidarität der CSU bei Wind und Wetter.

Wir ringen natürlich um Führungspositionen, um Führungspersonal, auch um die Zustimmung derer, die Politik intensiv be-

obachten. Das reicht aber nicht. Deshalb finden Sie in dem Rucksack – Sie haben gestern so wunderbar gesagt „Mir san mir“; dieses Selbstbewusstsein hat uns ungeheuer gefallen! – auch einen Maßkrug. Der Maßkrug soll vor allen Dingen eines bedeuten: Wir brauchen, wenn wir Mehrheiten von über 50 Prozent – und in Deutschland solche von über 40 Prozent – erreichen wollen, mit Sicherheit auch immer die Lufthoheit über den Stammtischen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall)

Und schließlich habe ich noch ein kleines Utensil hineingetan, das ich nicht vergessen könnte. Wolfgang Schäuble wird dafür Verständnis haben. Sie haben sich ja am Sonntag zu meiner Überraschung geoutet, indem Sie gesagt haben: Natürlich muss Rostock in der Bundesliga bleiben. Aber ansonsten bin ich Anhänger von Bayern München. – Das verbindet uns. Deswegen habe ich einen Schal hineingetan. Denn wir wollen nicht 1mal, sondern 20 Jahre in der Champions League spielen.

Meine Damen, meine Herren, das erste Signal des Parteitages ist – das kam gestern in der Rede von Angela Merkel, heute in der Rede von Friedrich Merz deutlich zum Ausdruck: Die CDU gewinnt neue Schubkraft. Die ruhigen Zeiten für Rot-Grün gehen zu Ende. Die letzten Monate haben die CDU und die Union insgesamt viel Vertrauen und Glaubwürdigkeit gekostet. Ich bin aber überzeugt: So wie die CDU mit dieser schwierigen Situation umgeht – personelle Erneuerung, Herzog-Kommission, Strukturreform –, das schafft auch wieder Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

Ich will – gerade hier in Nordrhein-Westfalen – nichts billig aufrechnen, weil man damit immer wieder Gefahr läuft zu sug-

gerieren, man wolle die eigenen Fehler unter den Teppich kehren. Das wollen wir sicherlich nicht, Sie im besonderen Maße nicht. Aber es ist schon offensichtlich: Die SPD legt bei ihren eigenen Skandalen nicht dieselben Maßstäbe an, wie sie sie bei der CDU fordert. Das nenne ich in höchstem Maße unglaubwürdig, gerade hier in Nordrhein-Westfalen, wo man für die Unwahrheit anscheinend ein neues Wort erfunden hat, nämlich die „Nachinformation“.

Ich stelle mich gerne der Auseinandersetzung. Natürlich greift der politische Gegner uns – Sie im Besonderen – in gewissen Schwächeperioden an. Das ist auch völlig normal. Aber wenn man mit dem Finger auf den Anderen zeigt, dann muss man immer aufpassen, dass nicht Finger derselben Hand auf sich selbst zeigen.

Diese Heuchelei bei der SPD zieht sich durch: Während die Führungsspitze der Sozialdemokraten mehr Parteientransparenz – vor allen Dingen bei der CDU – und eine Einschränkung des Einflusses von Parteien fordert, hat sie selbst einen von außen nicht durchschaubaren Pressekonzern aufgebaut. Was tut eine Partei, die fordert, man möge sich aus vielen gesellschaftlichen Bereichen zurückziehen, mit 19 Zeitungsbeteiligungen mit einer täglichen Auflage von 2,5 Millionen? Zu viel Macht der Parteien beklagen, aber selbst überall die Finger drin haben – das ist die Doppelmoral der SPD.

Aufklärung und Konsequenzen sind wichtig. Aber die Zukunft Deutschlands ist mehr als die Aufarbeitung der Vergangenheit. Im Interesse der Zukunft unseres Landes: Jetzt muss die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Bundesregierung in den Mittelpunkt der politischen Diskussion rücken. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe. Diese rot-grüne Koalition braucht eine starke Opposition.

Friedrich Merz hat – erlauben Sie mir, dass ich auf diesen Vorgang noch einmal kurz eingehe – das letzten Donnerstag bei der Debatte über den EU-Gipfel in Lissabon im Bundestag eindrucksvoll vorgebracht. Das hat Wirkung gezeigt. Wie getroffen der Kanzler war und wie schwach anscheinend sein Nervenkostüm ist, zeigt seine Entgleisung: Wer Friedrich Merz wegen der Kritik an der Haltung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegenüber Österreich mit Herrn Haider vergleicht, der hat nicht alle Tassen im Schrank.

Ich will nur kurz darauf hinweisen, dass diese Entscheidungen gegenüber Österreich das Bestreben der Osterweiterung eher erschwert. Denn natürlich wird in den Staaten, die Mitglied werden wollen – vor allem in Tschechien, Ungarn und Slowenien –, vermerkt, wie man hier von außen her in die Willensbildung eines Volkes einzugreifen versucht. Wir werden diese Diskussion noch weiter führen.

In den letzten Monaten sind die Fehler der Bundesregierung zu einem großen Teil – aus den bekannten Gründen – untergegangen. Rot-Grün ist beim zentralen Wahlkampfversprechen, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, kaum vorangekommen. Wenn die Bundesanstalt für Arbeit – leider ist dieses Datum völlig untergegangen – feststellt, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit im März um 8 000 gestiegen ist – das ist nicht meine Zahl, das ist die Zahl von Herrn Jagoda –, dann ist das ein Armutszeugnis für eine Regierung, die diesen Bereich zum wesentlichen Merkmal ihrer Arbeit gemacht hat. Wir haben heute – das darf man nie vergessen – insgesamt weniger Arbeitsplätze als vor einem Jahr.

Diese Regierung schafft keine neuen Arbeitsplätze, auch wenn sie diesen Eindruck erwecken will. Schauen Sie sich die Zahlen an: Wir haben heute weniger Arbeitsplätze als im letzten

Jahr! Das ist die Bilanz, die wir der Regierung um die Ohren hauen müssen.

Eichel benachteiligt mit seiner einseitigen Steuerreform den Mittelstand. Riester schlägt seit Monaten eine Rentenreform vor, die zwar seine eigene Rente sichern würde, aber nicht die der heute 20- bis 40-Jährigen. Und entgegen seinen Ankündigungen im Wahlkampf hat Schröder in einem Willkürakt die Nettolohnanpassung bei der Rente aufgegeben. Das war und bleibt ein eklatanter Vertrauensbruch gegenüber 19 Millionen Rentnerinnen und Rentnern.

Herr Schröder entpuppt sich in Sachen Rentenbetrug als Rückfalltäter. Frau Merkel hat gestern darauf hingewiesen – wir müssen das immer wieder in Erinnerung rufen. So darf man nicht mit seinen Versprechen umgehen. Zunächst sagt er, man brauche keinen Demographiefaktor. Als er an die Regierung kommt, sagt er: Mit mir ist eine Änderung der Nettolohnformel nicht zu machen. – Dann gibt er relativ kurzfristig die Nettolohnformel auf, stellt sich im Fernsehen hin und sagt „Tut mir Leid, ich habe mich getäuscht, ich bitte um Entschuldigung!“ und hält anschließend erneut nicht sein Wort: Statt um den vollen Inflationsausgleich von 1,9 Prozent will er die Renten jetzt nur um 0,6 Prozent erhöhen. Das ist Rentenbetrug in Fortsetzung. Das dürfen wir nicht durchgehen lassen.

An die Adresse der rot-grünen Koalition sage ich: Wenn das so weitergeht, dann machen Rentenkonsensgespräche zwischen allen Parteien keinen Sinn.

Wir werden diese Regierung stellen, im Interesse Deutschlands und Europas. Schon in den nächsten Wochen geht es darum, bei der Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Land in Deutschland, in Nordrhein-Westfa-

len, mit Jürgen Rüttgers an der Spitze möglichst wieder an die großartigen Wahlerfolge des vergangenen Jahres anzuknüpfen.

Die Menschen haben Rot-Grün bei den Europawahlen und den zahlreichen Landtagswahlen im letzten Jahr die gelbe Karte gezeigt. Für diese großen Erfolge stehen eine ganze Reihe von Köpfen. Da steht, angefangen im Februar des letzten Jahres, Roland Koch. Da steht Hartmut Perschau in Bremen. Da steht Peter Müller in Saarbrücken. Da steht Bernhard Vogel in Erfurt. Da steht Jörg Schönbohm in Brandenburg. Da stehen Kurt Biedenkopf in Dresden und Eberhard Diepgen in Berlin. Ich möchte Volker Rühle ganz besonders erwähnen, der einen aufopferungsvollen Landtagswahlkampf für die CDU geführt hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Für diese Erfolge der CDU steht jedoch ganz besonders auch Wolfgang Schäuble. Lieber Wolfgang Schäuble, ich möchte Ihnen auch an dieser Stelle für die hervorragende Zusammenarbeit, den engen Schulterschluss und auch die gewachsene persönliche Freundschaft danken.

Wir beide haben auch sehr stürmische Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU erlebt. Das war nicht immer zum Vorteil des Gesamtunternehmens; ich will das nicht näher ausführen. Deswegen, meine Damen, meine Herren, glaube ich, dass die enge Zusammenarbeit, vor allen Dingen das Vertrauen gegenüber dem anderen Kollegen grundlegende Voraussetzung ist, dass die bürgerliche Mitte in Deutschland stark ist. Sie ist notwendig für Europa. Ohne die starke bürgerliche Mitte in Deutschland ist bürgerliche Mitte in Europa nicht zu bündeln. Wir haben eine Doppelaufgabe. Dahinter muss man persönliche Eitelkeiten und Ähnliches zurückstellen. Ich werde alles tun, mit Angela Merkel dasselbe gute Vertrauens- und

Freundschaftsverhältnis aufzubauen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Welches sind die großen Herausforderungen, die sich heute stellen? Ich möchte sie als die vier großen Herausforderungen nennen.

Erste große Herausforderung. Wie können wir im Zeitalter der Globalisierung und des Internets zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen? Welche Auswirkungen haben die großen Unternehmensfusionen? Wenn bei Unternehmensfusionen die Arbeiter mir als bayerischem Ministerpräsidenten entgegenrufen: Die, die wir gewählt haben, haben nicht die Macht, und die, die die Macht haben, haben wir nicht gewählt!, dann müssen wir diesen Satz – viele Menschen skandieren ihn – sehr ernst nehmen. Wir müssen auf diesen Satz eine Antwort finden.

Wie können wir, meine Damen und Herren – **zweitens** –, angesichts des harten globalen Wettbewerbs soziale Sicherheit und Mitspracherecht im nationalen Rahmen bewahren? Wenn ein Unternehmen heute Entlassungen ankündigt, loben die Analysten das und der Börsenkurs geht nach oben. Hat im Zeichen von Shareholder Value ein Unternehmen, das einen Mitarbeiterstamm auch über eine Flaute hinweg hält, heute noch eine Chance? Wie kann die soziale Marktwirtschaft im harten weltweiten Konkurrenzkampf bestehen?

Dritte Herausforderung. Wie werden wir mit den Fragen der Wanderungsbewegungen, der Migration in Europa ohne große gesellschaftliche Auseinandersetzungen fertig? Jahr für Jahr – darauf hat Jürgen Rüttgers hingewiesen – verzeichnen wir einen Zuzug von über 700 000 Menschen in unser Land. Das sind mehr Menschen, als zum Beispiel in Dortmund leben.

Viertens. Wie sieht die Zukunft Europas aus? Das ist eine Schicksalsfrage. Welche Entscheidungsspielräume haben nationale Parlamente, haben Nationen künftig

noch? Welche Rolle spielt Deutschland in Europa?

Mit einer Politik der Beliebigkeit und Prinzipienlosigkeit à la Schröder und Fischer werden wir diese Probleme nicht lösen. Als Ideologen waren beide früher verlässlich falsch gelegen. Heute heißt ihre Antwort Beliebigkeit. Von klaren Konzepten und Kurshalten keine Spur.

Schröder erklärt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Chefsache. Tatsächlich setzt er auf einen europäischen Beschäftigungspakt und schiebt damit die Verantwortung immer mehr nach Brüssel ab, obwohl Brüssel das gar nicht lösen kann.

Rot-Grün verspricht soziale Gerechtigkeit. Tatsächlich teilt die Bundesregierung mit ihrer Gesundheitsreform die Menschen in zwei Klassen ein. Spitzenmedizin für jedermann – das war unser Markenzeichen – ist nicht mehr drin, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben heute die Situation, dass Spitzenmedizin nur noch die Leute bekommen, die es sich leisten können. Der medizinische Fortschritt wird durch Budgetierung rationiert. Das ist ein Riesenproblem, das morgen im Zentrum der Auseinandersetzungen in dieser Republik stehen wird.

Meine Damen und Herren, wie bereits gegenwärtig durch die Rationierung mit alten Menschen in den Krankenhäusern und Arztpraxen umgegangen wird – ich will das nicht näher ausführen –, das halte ich für einen Skandal. Die alten Menschen sind am medizinischen Fortschritt nicht mehr beteiligt. Nur haben sie keine Pressure-Group. Sie können nicht auf die Straße gehen.

Der Bundesinnenminister Schily sagt angesichts einer hohen Zuwanderungsquote in Deutschland: Das Boot ist voll. Der Bundeskanzler setzt auf Zuwanderung durch Green Cards.

Rot-Grün sieht die Türkei als künftiges Mitglied der Europäischen Union. Aber gleichzeitig verweigert die Bundesregierung dem NATO-Mitglied die Lieferung deutscher Panzer.

Das alles – um nur ein paar Facetten zu zeigen – ist Politik ohne Prinzipien. Das ist Beliebigkeit. Das ist die „neue Mitte“ von Herrn Schröder, heute so und morgen so. Das ist nicht die Mitte, meine Damen, meine Herren. Beliebigkeit ist nicht die Mitte. Anpassung an Zeitgeisterscheinungen ist nicht die Mitte. Die Mitte definieren wir. Es wird unsere große Aufgabe sein, den Menschen immer wieder klarzumachen: Die Partei der Mitte ist CDU/CSU, nicht die SPD.

Die so genannte „neue Mitte“ ist ein semantischer Werbetrick, mit dem Schröder bei der Bundestagswahl 1998 viele Wählerinnen und Wähler getäuscht hat. Mit diesem Begriff gaukelt er eine Politik vor, die es mit Rot-Grün in Wirklichkeit nicht gibt. Es kann sie auch gar nicht geben. Denn es gibt keine „neue Mitte“, sondern es gibt nur die eine Mitte, nämlich die bürgerliche Mitte.

Dafür stehen CDU und CSU. Wir haben ein festes Wertefundament. Wir haben unsere Wurzeln im christlichen Menschenbild, in der katholischen Soziallehre und in der evangelischen Sozialethik. Das, meine Damen, meine Herren, ist unser Kompass in vielen Fragen. Deswegen stehen wir nicht für die Beliebigkeit, die andere gegenwärtig als Mitte ausgeben. Diese Auseinandersetzung ist eine ganz zentrale. Ich hoffe, dass ein neues Signal aus Essen in puncto Mitte und CDU kommt.

Wir stehen deshalb für Wertgebundenheit und Offenheit für Neues, für Selbstverantwortung und Solidarität. Wir stehen für kulturelle Identität und Toleranz sowie für Vielfalt und Dezentralität. Die Verbindung dieser Grundsätze zu einem klaren und

verlässlichem Gesamtkonzept, das ist die Politik der bürgerlichen Mitte. Dafür standen glaubwürdig in den letzten fünf Jahrzehnten CDU und CSU. Dafür stehen wir auch in der Zukunft. Hinter diesen Werten steht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Auf dieser Grundlage können wir mit einem klaren Kurs die großen Aufgaben der Zukunft meistern.

Lassen Sie mich ein paar Worte zur Herausforderung Nummer 1 sagen: Unser Land braucht neue zukunftsfähige Arbeitsplätze. In der klassischen Industriegesellschaft – das Land Nordrhein-Westfalen ist ein Paradebeispiel dafür – war die Industrieproduktion der Motor der Wirtschaft. Das ist heute anders. Neue Technologien entwickeln sich mit rasanter Geschwindigkeit. Die Dynamik für Wirtschaftswachstum und für neue Arbeitsplätze liegt nicht mehr – wie im letzten Jahrhundert – in der Kohle, im Stahl, beim Schiffbau oder in der Automobilindustrie. In diesem Jahrhundert wird es drei neue Wirtschaftslokomotiven geben: die Informations- und Kommunikationstechnologie – ich fasse sie heute unter dem Begriff Internet zusammen –, die Biowissenschaften – also die life sciences – und die Materialwissenschaften. Auf diese Technologien müssen wir daher setzen. Hier müssen wir investieren, damit wir weltweit an der Spitze stehen.

Wir können uns Rückstände nicht mehr länger leisten. In Deutschland arbeiten lediglich 5 Prozent aller Beschäftigten im Kommunikationssektor. In den Vereinigten Staaten von Amerika sind es doppelt so viele. Wir haben daher hier auch nur die Hälfte des Wachstums von Amerika. Wir setzen zu wenig auf die Wachstumsbereiche des 21. Jahrhunderts.

Warum hat uns Finnland abgehängt? 25 Prozent der Beschäftigten in Finnland arbeiten bereits heute in diesen drei Disziplinen. Friedrich Merz hat schon eine ganze Reihe von Punkten genannt, warum

das in Deutschland leider nicht der Fall ist und warum es ein Nord-Süd-Gefälle gibt.

Ein vernünftiger Fortschritt erfordert Offenheit für neue Technologien. Das war und bleibt ein Markenzeichen der politischen Mitte in Deutschland. Ich frage einmal ganz vorsichtig: Wo sind denn die Kompetenzzentren für die großen Zukunftsfelder in Deutschland angesiedelt? Wo spielt denn die Musik in der Informations- und Kommunikationstechnologie, bei der Bio- und Gentechnik? Wo wird das Venture-Kapital in Deutschland investiert? Es wird in erster Linie dort investiert, wo CDU und CSU Verantwortung tragen. Darauf möchte ich in aller Bescheidenheit hinweisen. Deswegen ist der Regierungswechsel in Düsseldorf im Interesse Nordrhein-Westfalens und Deutschlands notwendig. Mit Rot-Grün kann in diesem Bereich nichts bewegt werden. Das ist der Punkt.

Friedrich Merz hat zu Recht darauf hingewiesen: Regierungsparteien in Kiel und auch hier in Düsseldorf setzen auf Programmik aus den 80er und 90er-Jahren. Die Grünen haben beispielsweise einen kompromisslosen Computerboykott im Jahre 1986 beschlossen. Im Jahre 1998 forderten sie anlässlich der Bundestagswahl ein Ende der Gentechnik. Wie wollen Sie denn mit solchen rückwärts gewandten Parteien den Fortschritt erzielen? Auf diese Weise können wir nicht im weltweiten Wettbewerb mit Amerika, mit Japan und mit anderen großen Industrienationen mithalten. Deswegen ist im Interesse unseres Landes der Regierungswechsel in Berlin, aber auch in Düsseldorf unbedingt notwendig.

Es gibt keine moderne Technologie, die bei den Grünen nicht schon auf dem Index stand – vielleicht mit Ausnahme des Müsli mixers.

(Heiterkeit)

Wir können uns Technikfeindlichkeit und Rückschritt nicht leisten. Wenn Deutsch-

land jetzt nicht den Anschluss an die Weltspitze findet, dann werden wir unseren Wohlstand und auch unsere sozialen Standards nicht halten können. Arbeitsplätze entstehen dort, wo Unternehmen investieren. Sie wollen dafür beste Rahmenbedingungen. Dazu gehören ein hervorragendes Bildungssystem sowie exzellente wirtschaftliche Standortfaktoren.

Wir leben heute in einer Wissensgesellschaft. Früher musste sich Wissen Kapital suchen. Heute ist es genau umgekehrt. Das Kapital, das breit verfügbar ist, sucht sich das Wissen. Wissen wird zum entscheidenden Rohstoff, zum entscheidenden Standortfaktor. Im globalen Wettbewerb um Arbeitsplätze können unsere jungen Menschen daher nur mit einer exzellenten Ausbildung mithalten. Ich schaue mir die Ausbildung nicht nur in Deutschland an. Mein Konkurrent – wenn ich das einmal so sagen darf – ist im Besonderen der Gürtel um Bologna, Turin und Mailand. Wenn ich sehe, wie private Institutionen die jungen Italiener ausbilden, dann muss ich sagen, dass viele in Deutschland die Zeit verschlafen haben, so dass sie gegenüber den anderen Nationen in Europa nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Jedes Kind muss daher die Bildung und Ausbildung erhalten, die seinen Begabungen, Neigungen und Talenten am besten entspricht. Machen Sie dies vor allen Dingen in den rot-grün regierten Ländern zum zentralen Thema der Auseinandersetzung!

Die Schwäche mancher Länder liegt in der mangelhaften Ausbildung. Ich will nun wirklich nicht auf den Putz hauen, muss aber sagen: Ein Kind in Schleswig-Holstein hat in vier Jahren Grundschule insgesamt ein Jahr weniger Unterricht als ein Kind in Baden-Württemberg oder in Bayern. Jürgen Rüttgers, ein Kind in Nordrhein-Westfalen hat natürlich einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Kindern aus dem Süden des Landes. Das kann

doch nicht richtig sein. Wir müssen den Menschen klar machen, dass aufgrund dieser Probleme ein Regierungswechsel nötig ist.

Wenn wir aber die Menschen entsprechend ihren Begabungen, Neigungen und Talenten am besten fördern wollen, dann müssen wir auch die Eliten stärker fördern. Das war bei uns lange Zeit ein Tabu. Das gegliederte Schulwesen schafft dafür die besten Voraussetzungen. Jeder Mensch soll in unserer Gesellschaft das leisten können und dürfen, was er am besten kann. Das entspricht unserem Verständnis von freier Entfaltung der Persönlichkeit. Das ist die Politik der Mitte; das ist die Politik von CDU und CSU.

Rot-grüne Bildungspolitik heißt dagegen: Nivellierung und Gleichmacherei. Diese Politik ist im Prinzip gescheitert. Das wurde mehrfach bestätigt. Die TIMSS-Studie hat wie eine Bombe eingeschlagen. In dieser unabhängigen Studie wurde der Bildungsstandard in den fünften bis siebten Klassen an unseren Schulen verglichen. Wenn nach dieser Studie, lieber Jürgen Rüttgers, Nordrhein-Westfalen anderthalb Jahre gegenüber anderen Ländern in Deutschland hinterherhinkt, dann muss man sagen, dass das eine Benachteiligung der Kinder in diesem Lande durch eine falsche Politik ist. Das muss geändert werden.

Vielleicht haben Sie etwas über den Eignungstest für wehrpflichtige junge Menschen in der Bundeswehr gelesen. Es doch frappierend, dass gerade die jungen Männer – ich will das jetzt nicht näher erläutern; vielleicht wird Frau Schavan heute Nachmittag darauf zu sprechen kommen – aus den Ländern Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen und auch in meinem Land Bayern in den Tests besser sind. Die jungen Menschen aus anderen Ländern sind doch nicht dümmer. Aber sie haben

eine falsche Bildungspolitik, Nivellierung und Gleichmacherei, auszubaden.

Wer eine solche Bildungspolitik betreibt, der muss sich nicht wundern, wenn er dann Green Cards für ausländische Eliten benötigt. Natürlich brauchen wir auch ausländische Eliten. Darüber muss uns niemand belehren. Meine Damen und Herren, Sie können sich denken, in welchen Ländern Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnisse für Spitzenkräfte in der Vergangenheit großzügiger gewährt worden sind, nämlich dort, wo heute die größten Industrien der Informations- und Kommunikationstechnologie sind. Natürlich brauchen wir auch Spitzenkräfte aus anderen Ländern. Das hat niemand bestritten. Aber der Schwerpunkt unserer Politik muss doch auf der Ausbildung junger Menschen bei uns liegen. Deswegen hat Jürgen Rüttgers völlig Recht, wenn er hier den Schwerpunkt für die Bildungspolitik formuliert und fordert. Deswegen bedarf er auch hier der notwendigen Unterstützung; denn dies ist ein zentrales Thema.

Ich weiß, dass die Bildungspolitik von unseren nationalen Medien nie gerne als Thema aufgegriffen wird, weil sie Angelegenheit der Länder ist. Aber die Frage der Bildungschancen ist für mich eine zentrale Frage der Sozialpolitik. Wenn Teilhabe wichtiger wird als Umverteilung, dann müssen wir die Menschen optimal ausbilden. Schauen Sie sich doch bitte einmal in Ihren Ländern um! Wo gibt es den größten Zuwachs an privaten Eliteschulen?

Es ist ein Witz, dass die Politik von SPD und den Grünen dazu geführt hat, dass die Betuchten ihre Kinder auf private Schulen schicken, während die anderen sozusagen die Normalausstattung bekommen, mit der sie später, wenn sie 20 Jahre sind, nicht richtig konkurrieren können. Das darf nicht sein! In Bayern wird das nie passieren!

Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind auch exzellente wirtschaftliche Rahmenbedingungen notwendig. Wir brauchen erstens weniger Konsumausgaben und mehr Zukunftsinvestitionen, vor allen Dingen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur und in Wissenschaft und Forschung. Eine jüngst vom Bundesforschungsministerium vorgestellte Studie belegt: Zwischen den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie dem Wirtschaftswachstum eines Landes besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Doch was tut die grüne Bundesregierung? Sie kürzt die Zukunftsinvestitionen. Bis zum Jahr 2003 sinkt die Investitionsquote des Bundeshaushalts auf unter 10 Prozent. Das ist der niedrigste Wert in der Nachkriegsgeschichte. Die Forschungsausgaben werden ebenso zusammengestrichen wie die Ausgaben für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und vor allen Dingen für die Bahn. Seitdem Fischer und Trittin mit dem Dienstwagen chauffiert werden, haben sie für die Bahn nichts mehr übrig.

Rot-Grün sieht in der Bahn wohl nicht mehr das Verkehrsmittel der Zukunft, sondern nur noch ein Risiko für den Bundeshaushalt. Das ist eine verkehrte Politik.

Um exzellente wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, brauchen wir zweitens eine mutige und rasche Steuerreform, die diesen Namen auch verdient. Ich betone das, um zu unterstreichen, was Friedrich Merz in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt hat.

Zu dem Verhalten des jahrelangen Betonsozialisten Hans Eichel, der früher als hessischer Ministerpräsident in der Steuerreformdebatte der 90er Jahre keine einzige Mark hergeben wollte, weil er der Meinung war, der Staat brauche jede Mark für seine Ausgaben, sage ich nun: Eichel hat die Steuerpolitik zusammen mit Lafontaine blockiert, und zwar massiv. Das ist vergessen worden. Heute möchte Herr Eichel

als Bundesfinanzminister den Verkauf von Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften vor Begeisterung der großen Vorstandsvorsitzenden völlig steuerfrei stellen. Da muss ich ehrlich sagen: Das ist genau das Gegenteil von dem, was man noch vor zwei Jahren getan hat. Auch wenn es richtig ist, muss man darauf hinweisen. Wenn dieser Bundesfinanzminister zum Beispiel den Metzgermeister, der mit 60 Jahren sein Geschäft für 300 000 bis 400 000 DM verkauft, um ein bißchen für seinen Lebensunterhalt im Alter vorzusorgen, nicht mit einem halbierten Steuersatz entlastet, sondern ihn voll zur Kasse bittet, also mit 50 Prozent, und dieser Metzgermeister deshalb die Hälfte seines Erlöses hergeben muss, dann ist das eine Benachteiligung der kleinen Leute. Ich wundere mich, was in diese SPD gefahren ist. Ich wundere mich, dass sie die kleinen Leute überhaupt nicht mehr sieht.

Exzellente wirtschaftliche Rahmenbedingungen erfordern drittens mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Schauen Sie sich die letzte OECD-Studie an – Politik sollte auch etwas mit Fakten zu tun haben –: Bei einem Wachstum von 1 Prozent steigt die Zahl der Beschäftigten in den Niederlanden und in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits an, aber in Deutschland sinkt die Zahl der Arbeitsplätze bei einem solchen Wachstum. Das zeigt uns ganz deutlich: Die Hürden für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind bei uns offenbar höher als in anderen Ländern. Die Rahmenbedingungen für unseren Arbeitsmarkt sind zu starr. Das zwingt unsere Unternehmen zu überdurchschnittlicher Rationalisierung und zum Arbeitsplatzabbau.

Was tut Rot-Grün? 630-Mark-Gesetz, Gesetz gegen die Scheinselbstständigkeit und viele andere Regelungen sind Kahlschlagsversuche im Bereich des Mittelstandes und der Selbstständigen. Die wirtschaftspolitische Bilanz von Rot-Grün ist ein

Armutszeugnis. Da kann von Mitte keine Rede sein.

Diese Politik hat fatale Auswirkungen. Deutschland ist zusammen mit Italien im Jahre 1999 zum ersten Mal Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa. Ich sage Ihnen voraus: Wir werden mit dieser Regierung im Jahre 2000 – leider – Schlusslicht bleiben. Das signalisieren schon heute große Wirtschaftsinstitute. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht nach wie vor Stillstand.

Ich erlaube mir auch, auf die Entwicklung des Euro hinzuweisen. Der Euro ist auf Talfahrt, vor allem deshalb, weil die internationalen Finanzmärkte kein Vertrauen in die Politik des größten Euro-Landes haben. Der Bundeskanzler argumentiert – wir werden dieser Diskussion nicht ausweichen –, der Innenwert des Euro sei stabil. Das ist zu kurz gedacht. Eine Währung, die nach außen schwach ist, kann auf Dauer auch nicht nach innen stabil sein. Schröder hat den Euro als „kränkelnde Frühgeburt“ bezeichnet. Bei diesem Stiefvater wird der Euro noch lange nicht auf die Beine kommen. Dafür müssen wir ihn in die Haftung nehmen.

Unsere Aufgabe heißt: zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. CDU und CSU haben dafür die richtigen Ansatzpunkte. Wir wissen: Dazu gehört Offenheit gegenüber dem technischen Fortschritt. Aber es muss ein Fortschritt in Dienste der Menschen sein. Dazu gehört ein Steuersystem, das Anreize fördert, und ein Bildungssystem, das fördert und fordert. Das ist Politik der bürgerlichen Mitte.

Unser Land braucht des Weiteren verlässliche soziale Sicherheit und Menschlichkeit. Nur eine Gesellschaft, in der es ein ausreichendes Maß an sozialer Sicherheit gibt, kann sozial stabil sein. Die soziale Stabilität eines Landes ist ein Wettbewerbsfaktor ersten Ranges.

Ich würde mich freuen, meine Damen und Herren, wenn sich auch die großen, von mir geschätzten Herren Henkel, Hundt und Stihl einmal dazu bereit erklärten, die ethische Herausforderung der Unternehmer auch für sich selber zu formulieren.

Hier haben auch die Unternehmer ein Stück weit Verantwortung. Warum übernimmt man nur die „Green Card“? Dann sollte man auch die Unternehmenskultur der Vereinigten Staaten übernehmen. Dort kann jemand viele Positionen nicht erreichen, wenn er nicht bewiesen hat, dass er in seinem persönlichen Umfeld, in seiner Gemeinde auch soziale Verantwortung getragen hat. Genau das brauchen wir, meine Damen und Herren.

Die Mitarbeiter dürfen nicht das Gefühl haben, nur ökonomische Verfügungsmasse zu sein. Sie müssen sich mit ihrem Unternehmen identifizieren können, um wirklich motiviert zu sein. Dann sind sie zu notwendigen Anpassungen, zu besonderen Leistungen und auch zur Weiterbildung bereit.

Eine Unternehmenskultur, die diese Identifikation ermöglicht, ist Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft. Das kommt mir bei den Diskussionen um die großen Fusionen in letzter Zeit ein wenig zu kurz. Es geht hier immer um Menschen; das dürfen wir nicht vergessen.

Ich glaube, als Ministerpräsident eines modernen Landes bewiesen zu haben, wie stark ich auf die High-Tech-Bereiche setze. Trotzdem sage ich auch hier: Nicht alle können mit der Globalisierung Schritt halten. Nicht alle sind dem verschärften Wettbewerbsdruck gewachsen.

Wir wollen auch den Schwächeren, den weniger Mobilien, den weniger Qualifizierten eine Zukunftsperspektive geben. CDU und CSU wollen an der Sozialen Marktwirtschaft festhalten.

Wenn morgen wieder jemand schreibt: „Aha, der Stoiber will so-

zusagen die SPD links überholen“, dann muss ich sagen: Diejenigen, die so etwas schreiben, haben nicht begriffen, was katholische Soziallehre und evangelische Sozialethik ist und wie das christliche Menschenbild insgesamt aussieht. Das dürfen wir bei aller Wettbewerbssituation mit den Amerikanern niemals vergessen. Sonst haben wir keine Chance, Volkspartei der Mitte zu bleiben.

Das alles zeigt aber auch: Wenn wir als Standort wettbewerbsfähig bleiben wollen, wenn wir unsere sozialen Sicherungssysteme funktionsfähig halten wollen, dann müssen wir ein Stück mehr auf Eigenverantwortung setzen, vor allem in der Renten- und Krankenversicherung.

Wir brauchen sicherlich ein zielgerichteteres soziales Sicherungssystem. Meine Damen und Herren, wir haben hier eine riesige Verantwortung. Ein Drittel unseres Bruttosozialprodukts geben wir für unsere sozialen Sicherungssysteme aus. Aber unser Bruttosozialprodukt wächst nicht mehr in dem Maße, wie es zur Abfederung dieser Entwicklung notwendig wäre. Deswegen muss die Reform unserer sozialen Sicherungssysteme in den nächsten fünf Jahren gelingen. Wir haben wirklich nicht mehr viel Zeit. Deswegen will ich in aller Deutlichkeit sagen: Die Zielgerichtetheit der sozialen Sicherungssysteme ist eine ganz große Herausforderung für uns.

Die wirklich Bedürftigen brauchen Hilfe. Wer dagegen nichts leistet, obwohl er etwas leisten kann, darf dem Staat nicht auf der Tasche liegen. Wer sich selbst helfen kann, der soll auch für sich Verantwortung übernehmen.

Meine Damen und Herren, ich sage auch: Wo zum Beispiel Eltern in der Schule außerhalb der Schulzeit Kinderbetreuung übernehmen können, braucht der Staat das nicht zu organisieren. Alte Menschen sol-

len möglichst lange in den Familien und nicht in Heimen betreut werden. Dabei müssen wir die Familien unterstützen. Das meinen wir, wenn wir von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Selbstverantwortung und Solidarität reden. Das ist Politik der bürgerlichen Mitte. Dafür stehen CDU und CSU.

Meine Damen, meine Herren, bei aller Veränderung brauchen die Menschen gerade heute Beständigkeit, Menschlichkeit, Orientierung und Lebenssinn. Der Mensch braucht auch Fixpunkte, die ihm vertraut sind und die ihm Halt geben. Ich bin froh, dass sich Angela Merkel gestern in ihrer Rede diesem Thema gewidmet hat. Das Streben nach materiellem Wohlstand ist kein ausreichendes Lebensziel.

Vor allem viele jungen Menschen fragen und suchen nach mehr. Wir dürfen diese Menschen in ihrer Suche nach Lebenssinn und Menschlichkeit nicht allein lassen. 71 Prozent aller 16- bis 29-Jährigen hätten gerne eine eigene Familie und Kinder. Aber die Institution Familie ist heute stark gefährdet. Familien mit Kindern gibt es immer weniger. Damit verliert dieser Bereich für viele an politischem Interesse. Die Familie ist eine der gefährdetsten Institutionen. Deswegen müssen wir die Familie in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen.

Viele haben Angst vor zu großen materiellen Einschränkungen. Für viele ist der Wunsch nach Familie mit den Anforderungen der modernen Arbeitswelt – Verfügbarkeit zu jeder Stunde, Mobilität – nicht in Einklang zu bringen. Das widerspricht sich natürlich. Deshalb will die Wirtschaft natürlich Arbeitnehmer, die möglichst ohne Familie zu jeder Tages- und Nachtzeit einsetzbar sind. Das alleine kann aber nicht ein Motiv für unsere Christlich-Soziale und Christlich Demokratische Union sein.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Ehe und Familie sagen: Natürlich haben Ehe und Familie in einer Zeit des Wandels und der Mobilität eine besondere Bedeutung für den Zusammenhalt in unserer Gemeinschaft. Wir wissen, es gibt verlässliche Lebensgemeinschaften auch ohne Trauschein. Aber wir wissen aus der Statistik auch, dass die mit Trauschein die verlässlicheren sind.

Damit wir die Diskussion auf die richtigen Füße stellen: 80 Prozent der Jugendlichen, die in einer Ehe geboren werden, erleben, dass die Eltern zu ihrem 18. Geburtstag noch zusammenleben. In nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist es genau umgekehrt: Dort sehen 80 Prozent der Jugendlichen bei ihrem 18. Geburtstag, dass ihre Eltern getrennt leben. Glaubt denn jemand, dass man damit die Kinder besonders fördert?

Deswegen muss es weiterhin unser Interesse sein, materielle und auch immaterielle Grundlagen für die Familien zu legen. Wir sind offen für alle Lebensformen, wollen aber nicht alle gleichermaßen privilegieren.

Ehe und Familie werden von unserer Verfassung aus gutem Grund besonders geschützt. Als Parteien der bürgerlichen Mitte sind wir die Parteien der Familie. Rot-Grün dagegen steht wiederum für Beliebigkeit. Rot-Grün will die völlige Gleichstellung der Ehe und der Familie mit anderen Lebensgemeinschaften.

Was im Justizministerium gegenwärtig ausgeheckt wird, widerspricht im Prinzip dem Gefühl der Mehrheit der Menschen, die wir repräsentieren. Deswegen müssen wir hier dagegenhalten.

Dritte Herausforderung: Die Migration. Unser Land braucht kulturelle Identität und Toleranz. In einer Welt ohne Grenzen gehen viele Menschen dorthin, wo sie die besten Lebenschancen für sich sehen.

Wanderungsbewegungen sind eine Konstante in der Geschichte der Menschheit. Aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte und des zunehmenden Wohlstandsgefälles hat die Migration heute allerdings eine neue Dimension erreicht.

Der anhaltende Zuzug von Menschen stellt eine große Herausforderung für das Miteinander dar. Es besteht die Gefahr, dass unsere Gesellschaft auseinander driftet und in viele Kulturen zerfällt, mit unterschiedlichen Vorstellungen zum Beispiel zu den Menschenrechten, zur Stellung der Frau und des Kindes oder zum Rechtsstaat.

Wir halten entschieden an der europäischen, humanistischen, christlich-abendländischen Prägung unseres Landes fest. Das heißt für uns aber nicht Abschottung, sondern Integration und Toleranz. Das ist für uns die Politik der bürgerlichen Mitte.

Wir werden den gesellschaftlichen Frieden auch in Zukunft nur bewahren, wenn die Anstrengungen zur Integration verstärkt werden. Integration ist aber nur möglich, wenn die Zahl der Zuwanderer die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht übersteigt. Für die Stabilität unserer Gesellschaft ist es daher auch notwendig, die Zuwanderung zu begrenzen.

Meine Damen, meine Herren, ich habe von über 700 000 pro Jahr gesprochen. Ich glaube, dass das eine Zahl ist, die wir ohne Weiteres integrieren können, obwohl das eine große Integrationsleistung voraussetzt. Aber wer generelle Diskussionen über eine Green Card führt, der muss ein Einwanderungsbegrenzungs-gesetz auf die Tagesordnung setzen.

Innerhalb dieser Zahl von 700 000 können wir natürlich umschichten bzw. unterschiedliche Prioritäten setzen. Davor weicht die SPD zurück. Das sollten wir in den nächsten Wochen und Monaten im Zusammenhang mit der Green Card zur Diskussion machen.

Die vierte und letzte Herausforderung ist für mich die Zukunft Europas. Hier stehen wir vor entscheidenden Weichenstellungen: Wie kann die Osterweiterung gelingen? Wo liegen die Grenzen Europas? Welche Strukturen und Kompetenzen soll Europa haben?

Die europäische Integration ist das erfolgreichste Friedensprojekt in der Geschichte des alten Kontinents. Für diejenigen wie meine Generation, die das im Nachklang des Krieges noch erlebt haben, geht noch immer eine große Faszination von den Namen Robert Schumann, Jean Monnet, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer aus. Die europäische Einigung trägt vor allen Dingen die Handschrift der Union und nicht die der SPD. Dafür stehen die Namen Konrad Adenauer und Helmut Kohl und nicht die von Willy Brandt und ähnlichen.

Jetzt geht es um die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte durch die Erweiterung der Europäischen Union. Wir wollen und wir brauchen die Osterweiterung. Meine Damen, meine Herren, das ist für uns eines der ganz großen weiteren Ziele. Aber wir müssen den richtigen Weg finden und dürfen den Ländern in Osteuropa nicht suggerieren, sie bräuchten weniger Anstrengungen zu unternehmen. Wir sollten innerhalb der Europäischen Union vernünftige Reformen anpacken. Denn die Europäische Union ist im Rahmen ihrer Institutionen immer noch auf das Europa der Sechs und nicht auf das Europa der 15 und schon gar nicht auf das Europa der 27 zugeschnitten.

Der Bundeskanzler weigert sich, die Bevölkerung in diesen Diskussionsprozess mit einzubeziehen, weil er Angst hat, diese Dinge zu erläutern. Wir müssen ihn dazu zwingen. Friedrich Merz hat zu Recht am letzten Donnerstag in diesem Zusammenhang eine ganz entscheidende Frage gestellt: Wie wollen wir mit der Heraus-

forderung der Osterweiterung, die für mich dieselbe Qualität hat wie die Römischen Verträge, umgehen?

Von entscheidender Bedeutung ist es, zu fragen: Verstehen die Menschen alles? Wir diskutieren gegenwärtig verstärkt über Elemente direkter Demokratie in Deutschland. Wir in Bayern haben sie in hohem Maße und haben manchmal auch unsere Probleme damit. Die Menschen wollen mehr partizipieren. Sie wollen in zunehmenden Maße an Entscheidungen teilnehmen. Gerade im kommunalen Bereich gibt es immer mehr Bürgerentscheide. Die Bürger wollen in der Landes- und Bundespolitik mitreden; das ist auch gut so.

Aber es ist zu spüren, dass die Menschen manchmal nicht mehr wissen, wer zum Beispiel für die FFH-Richtlinie zuständig ist, wer für die 3. Reinigungsstufe, die Frau Merkel gestern angesprochen hat, verantwortlich ist und wer für das Problem BSE zuständig ist. Sie fragen sich, an wen sie sich in bestimmten Fällen wenden können. Demokratie setzt immer Verantwortlichkeit voraus. Wenn der Bürger zu einem aus seiner Sicht Verantwortlichen kommt und der sagt: „Dafür ist Europa zuständig“, dann gefährden wir die Faszination für Europa. Die Frage der genauen Abgrenzung der Zuständigkeiten ist wichtig, damit die Menschen wissen: Dafür ist der Bundeskanzler; dafür ist der Ministerpräsident zuständig und dafür kann ich den Präsidenten der Europäischen Kommission packen.

Gegenwärtig weiß der Bürger nicht, wer eigentlich zuständig ist. Das muss sich ändern. Noch vor Abschluss der Regierungskonferenz 2000 muss die Kompetenzverteilung in Europa grundsätzlich geklärt werden:

- ▶ Was gehört in die regionale Etage?
- ▶ Was gehört in die nationale Etage?
- ▶ Was gehört in die Brüsseler Etage?

Eine Verwischung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten entfremdet die Bürgerinnen und Bürger von der Politik, schadet der Demokratie und gefährdet die europäische Einigung.

Dieser Parteitag ist ein Signal zum Aufbruch. Die Herren Schröder und Fischer konnten es sich in der Tat monatelang auf ihren Sesseln bequem machen. Jetzt müssen wir wieder deutlich die Finger auf die Wunden dieser Regierung legen und die Fehler von Rot-Grün aufdecken. Wir müssen und werden das Schrödersche Märchen von einer Politik der „neuen Mitte“ entzaubern als das, was es ist: moralische Beliebigkeit und prinzipienlose Wendigkeit.

Politik der Mitte, das bedeutet vor allem Aufgeschlossenheit für neue Technologien und Förderung von Innovationen statt Technologiefeindlichkeit und Fortschrittsverweigerung.

Politik der Mitte, das bedeutet die Schaffung eines begabtgerechten Bildungsangebotes für alle statt Gleichmacherei und Mittelmaß.

Politik der Mitte bedeutet Neubelebung der Sozialen Marktwirtschaft statt Umverteilung oder Marktwirtschaft pur.

Politik der Mitte heißt Stärkung statt Relativierung von Ehe und Familie.

Politik der Mitte heißt eine tolerante Gesellschaft – gerade auch im Umgang mit den bei uns lebenden Ausländern –, aber keine unkontrollierte Zuwanderung und keine multikulturelle Gesellschaft als Ziel.

Politik der Mitte, das heißt ein Europa der Vielfalt und des Wettbewerbs statt einem europäischen Zentralstaat.

Die CSU, ja wir alle, wir werden die Auseinandersetzung über die Politik der bürgerlichen Mitte in Deutschland annehmen und führen.

Renten Anpassung bringt nur wenig mehr als einen 10-Mark-Schein

Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Josef Laumann, erklärte zur Verabschiedung der Renten Anpassung zum 1. Juli 2000 durch das Bundeskabinett:

Noch im Januar diesen Jahres hat Bundesarbeitsminister Riester den Rentnern versprochen: „Die Kaufkraft soll erhalten bleiben und nicht, wie in der Vergangenheit, abgesenkt werden.“ Nur drei Monate später stellt sich heraus: Walter Riester hat sein Wort gebrochen. Die Rentner bekommen in diesem Jahr noch nicht einmal den Inflationsausgleich.

Die Rentenerhöhung zum 1. Juli wird um 1% niedriger sein, als vom Bundesarbeitsminister versprochen und

bringt für die Rentner in Ost und West nur wenig mehr als einen 10-Mark-Schein. Für Westrentner wird das die drittniedrigste Rentenerhöhung seit 1957 sein. Die Ostrentner erleben die geringste Rentenanpassung seit der Wiedervereinigung.

Wäre es bei der Nettoanpassung geblieben, wäre die Rentenanpassung in diesem Jahr doppelt so hoch ausgefallen wie bei Riesters Rente nach Kassenlage. In den neuen Bundesländern wäre sie sogar viermal höher gewesen. Die Anpassung der Ostrenten an das Westniveau rückt damit in immer weitere Ferne.

Das macht deutlich: Riesters Rentenpolitik ist unsozial, ungerecht und unverschämt.

Die jetzige Regierung aus Toskanafraktion und opportunistischen Ökofundis ist eine Fehlbesetzung für Deutschland.

Eine Regierung, der es genügt, sich ihrer Ämter und ihrer Macht zu erfreuen, ist eine Fehlbesetzung für Deutschland. Die Arbeitslosen, die Rentner, der Mittelstand, die Existenzgründer, die Facharbeiter, unsere Bauern, unsere Familien, sie alle haben eine bessere Politik verdient. Deutschland insgesamt hat mehr verdient.

Wir alle haben jede Chance, dieses rot-grüne Intermezzo zu beenden, wenn wir es nur wollen.

Meine Damen, meine Herren, ich glaube, dass der 10. und 11. April 2000 in die spätere Zeitrechnung als ein wichtiges Datum eingehen wird. Der 10. und 11. April 2000 bedeutet das Signal zum Aufbruch in Deutschland. Dieses Datum bedeutet: Die

CDU ist wieder da und die CSU ist an ihrer Seite.

Wir werden alles dafür tun, im Jahre 2002 in gemeinsamer Verantwortung eine neue Regierung in Berlin zu installieren und die Rot-Grünen in den Ruhestand zu schicken, auch wenn er noch etwas früh ist. Aber sie haben ihn sich verdient. Im Interesse Deutschlands müssen sie wieder weg. Diese Zielsetzung ist unsere wesentlichste. Dafür muss heute ein weiteres Signal gegeben werden.

Alles Gute! Viel Erfolg für die CDU! Viel Erfolg für Sie, Angela Merkel, auch für Sie, Friedrich Merz, und alle anderen! Wir stehen an Ihrer Seite, wir wollen gemeinsam für diesen Erfolg kämpfen. – Danke schön.

(Lang anhaltender Beifall)

Die CDU gewinnt neue Schubkraft



Edmund Stoiber: Das erste Signal des Parteitages ist – das kam gestern in der Rede von Angela Merkel, heute in der Rede von Friedrich Merz deutlich zum Ausdruck: Die CDU gewinnt neue Schubkraft. Die ruhigen Zeiten für Rot-Grün gehen zu Ende. Die letzten Monate haben die CDU und die Union insgesamt viel Vertrauen und Glaubwürdigkeit gekostet. Ich bin aber überzeugt: So wie die CDU mit dieser schwierigen Situation umgeht – personelle Erneuerung, Herzog-Kommission, Strukturreform –, das schafft auch wieder Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

Ohne Union keine Einigung über die Zukunft der Kernenergie

Die Parteivorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Ministerpräsident Edmund Stoiber, sowie der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, und sein 1. Stellvertreter, Michael Glos, haben sich am 13. April mit den Vertretern der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) Dr. Dietmar Kuhnt (RWE), Prof. Dr. Wilhelm Simson (VIAG) und Ulrich Hartmann (VEBA) getroffen.

Ziel der Gespräche war es, sich über den Stand der Verhandlungen der EVU mit der Bundesregierung über die Zukunft der Kernenergie informieren zu lassen.

1. CDU und CSU halten den Ausstieg aus der Kernenergie in Form von Laufzeitbegrenzungen für bestehende Kraftwerke sowie ein Neubauverbot für Kernkraftwerke für falsch. Dieses Anliegen ist rein ideologisch begründet, widerspricht den Klimaschutzzielen, zu denen sich die Bundesrepublik verpflichtet hat und missachtet die Notwendigkeiten, durch Forschung und Entwicklung den Sicherheitsstandard von Kernkraftwerken in Mittel- und Osteuropa zu verbessern. Es offenbart die Konzeptionslosigkeit der rot-grünen Bundesregierung in Bezug auf einen wirtschaftlich sinnvollen und umweltpolitisch notwendigen Energiemix in Deutschland.

2. Aus den Informationen über den Gesprächsstand wird deutlich, dass die Bundesregierung eine völlig neue Konzeption der Entsorgung im Blick hat. Damit wird der Konsens zwischen Bund und Ländern in Entsorgungsfragen von 1979 einseitig von der Bundesregierung aufgekündigt. Durch die Hintertür sollen die zuständigen Länder ausgetrickst und zu ihren Lasten

Vereinbarungen getroffen werden. Es ist deshalb ein Skandal, dass Bundeskanzler Schröder den Begriff des Konsenses missbraucht und CDU und CSU nicht in die Gespräche über ein dauerhaftes Entsorgungskonzept einbezieht.

3. Eine Unterbrechung der Erkundungsarbeiten am Salzstock Gorleben bedeutet eine Beendigung des Fortschritts beim Auffinden eines geeigneten Endlagers. Damit wird der herkömmliche Entsorgungsvorsorgenachweis ausgehebelt und soll offensichtlich durch eine Anerkennung von Zwischenlagerkapazität ersetzt werden. Damit würden die hohen Sicherheitsstandards der Entsorgung unterhöhlt und die Zwischenlager zu faktischen Endlagern gemacht. Dies ist der Gipfel der Scheinheiligkeit rot-grüner Politik. Eine solche Lösung wird auf den entschiedenen Widerstand der Länder und der Opposition stoßen.

CDU und CSU fordern daher den Bundeskanzler Schröder auf, im Sinne einer tragfähigen Zukunft der Kernenergie endlich die Länder und die Opposition in die Gespräche einzubeziehen und nicht Verabredungen zu Lasten Dritter zu treffen.

Nicht einmal im Ansatz ein Konzept

In der Debatte um den Ausstieg aus der Kernenergie hat der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill der Bundesregierung vorgeworfen, den Konsens in der Energiepolitik und in der Entsorgung bewusst zu zerstören:

Die Bundesregierung, insbesondere Bundeswirtschaftsminister Werner Müller, hat

Kurzfristige Einigung beim Kernenergieausstieg unwahrscheinlich

Zu den aktuellen Berichten über eine kurzfristige Einigung zwischen Bundesregierung und Energieunternehmen über den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Eine Einigung zwischen Bundesregierung und Energieunternehmen dürfte entgegen der allgemeinen Vermutung nicht unmittelbar bevorstehen. Bei einer Laufzeit von ca. 30 Jahren werden die Grünen ihrer Basis kaum erklären können, wieso diese Vereinbarung als „Ausstieg“ aus der Kernenergie zu betrachten ist. Ihr Umfallen müssten die Grünen bei den Wahlen in NRW teuer bezahlen. Deswegen ist mit einer Konsensvereinbarung frühestens nach dem 14. Mai 2000 zu rechnen.

Unabhängig von einer Einigung zwischen Bundesregierung und Energiewirtschaft ist festzuhalten:

Ein Ausstieg aus der Kernenergie ist ein schwerer Schaden für unsere Volkswirtschaft. Er verstärkt die Importabhängigkeit bei Energie, vernichtet Arbeitsplätze, treibt Kerntechnik-know-how außer Landes und erschwert einen Wiedereinstieg in einigen Jahren, wenn die Klima-Diskussion einen Umschwung in der öffentlichen Meinung zur Folge haben wird. Eine Zustimmung der Energieunternehmen zu den Regierungsplänen bedeutet noch nicht, dass das Vorhaben gesamtwirtschaftlich verantwortlich ist.

Schröder darf nicht grünen Träumereien aus den 70er Jahren nachgeben, sondern muss das Wohl der Volkswirtschaft im Auge behalten.

im Energiedialog eine Einbeziehung der Kernenergie bisher nach dem Motto verweigert, die Ausstiegsgespräche sind alleinige Sache von Regierung und Energiewirtschaft.

Einen langfristig tragfähigen Konsens in der Energiepolitik kann es aber ohne Kernenergie nicht geben.

Die Bundesregierung hat nicht einmal im Ansatz ein Konzept für eine Energiepolitik, das nach einem Ausstieg die Verantwortung für die Klimapolitik darstellt. Sie wird international unglaubwürdig.

Der Ausstieg aus der Kernenergie zerstört zudem 190.000 Arbeitsplätze in Deutschland und macht uns in der Frage internationaler Sicherheit handlungsunfähig. Der Energiedialog des Bundeswirtschaftsmini-

sters muss sich deshalb für eine Einbeziehung der Kernenergie öffnen. Aus der Sicht der CDU/CSU macht er sonst keinen Sinn.

Die Bundesregierung hat unter Missachtung der Kompetenz der Länder die Gespräche über den Ausstieg aus der Kernenergie geführt. Sowohl in der Atomaufsicht beim laufenden Betrieb der Kernkraftwerke wie auch in der Frage der Entsorgung ist sie auf die Kooperation der Länder angewiesen.

Die Bundesregierung hat böswillig die einstimmigen Beschlüsse des Bundestags und der Länder von 1979 und 1990 zur Entsorgung ignoriert. Sie kann bis heute ein schlüssiges Entsorgungskonzept nicht vorlegen. ■

Mit konkreten Initiativen den Tierschutz verbessern

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Drucksachen 14/282, 14/3165 – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz).

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur weiteren Verbesserung des Tierschutzes konkrete Initiativen – sowohl in Deutschland als auf europäischer Ebene – auf den Weg zu bringen.

Der Schutz der Tiere ist im Schutz der natürlichen Lebensgrundlage in unserer Verfassung bereits verankert. Die Einführung einer gesonderten Staatszielbestimmung Tierschutz in das Grundgesetz verbessert den Tierschutz nicht und wird deshalb als nicht zielführend abgelehnt.

Begründung:

Der Deutsche Bundestag achtet die Tiere als Mitgeschöpfe und ist sich seiner Verantwortung für ihr Leben, eine tiergerechte Haltung und damit auch ihr Wohlbefinden bewusst.

Tiere sind Teil unserer Lebenswelt, Quell von Freude für viele Menschen. Deshalb gehört Tierschutz zu einer humanen Gesellschaft, die Mitgefühl mit Tieren zeigt, die Tierquälerei nicht duldet, sondern ächtet.

Tierschutz ist seit langem ein fester Bestandteil unserer Rechtsordnung. Dem Tier als lebendem und fühlendem Wesen kommt damit schon jetzt eine hervorgehobene Stellung zu.

Auch das Grundgesetz bringt schon heute den Tierschutz-Gedanken zum Ausdruck. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Artikel 20 a Grundgesetz) ist im weiteren Sinne der gesamten Schöpfung verpflichtet. Ganz konkret gibt die Verfassung dem Gesetzgeber die gesetzliche Regelung eines wirksamen Tierschutzes auf (Artikel 74, Absatz 1, Nr. 20 Grundgesetz): Konkretes, praktisches Handeln zum Schutz der Tiere ist Pflicht.

Deshalb wurde unter früheren Bundesregierung der Tierschutz mehrfach, zuletzt

Werner Lensing: *Die Geschichte der Medizin lehrt, dass die Forschung auf sinnvolle Tierversuche nicht verzichten kann. Würden wir Tierversuche als grundsätzlich unethisch ablehnen, dann müssten wir konsequenterweise auch auf zahllose durch Tierversuche errungene Medizintechniken verzichten.*

1998, erheblich verbessert. Das Tierschutzgesetz hat den ausdrücklichen Zweck, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, wie die Vorgängerregierung weitere praktische Initiativen für den Tierschutz auf den Weg zu bringen, sowohl in Deutschland als in Europa und bei den WTO-Verhandlungen.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört in der Europäischen Union zu den Ländern mit den strengsten tierschutzrechtlichen

Verbesserung des Tierschutzes ja – Veränderung des Grundgesetzes nein

Zur Entscheidung des Deutschen Bundestages, ein gesondertes Staatsziel Tierschutz nicht in das Grundgesetz aufzunehmen, erklärte Generalsekretär Ruprecht Polenz:

Der Tierschutz ist ein fester Bestandteil unserer Rechtsordnung. Mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Artikel 20a GG), der im weiteren Sinne der gesamten Schöpfung verpflichtet ist, ist der Tierschutz-Gedanke bereits im Grundgesetz verankert.

Weitere Verbesserungen des Tierschutzes können nur durch konkrete Initiativen vor allem auf europäischer Ebene auf den Weg gebracht werden. Die Missstände im Tierschutz ergeben sich in erster Linie nicht aus unzureichenden rechtlichen Regelungen. Auch die Missachtung der bereits bestehenden Gesetze ist ein großes Problem. Wir müssen deshalb das Problembewusstsein der Menschen, deren Obhut Tiere in unserer Gesellschaft anvertraut sind, schärfen, denn Tiere sind lebende und fühlende Wesen.

Bestimmungen. Was wir erreicht haben, muss auch in Europa verwirklicht werden.

Der Deutsche Bundestag darf in der Gesetzgebung die europäische Ebene nicht weiter aus ihrer überfälligen einheitlichen Regelungsverpflichtung für die anderen europäischen Mitgliedsstaaten entlassen, indem er sich mit einer Änderung des Grundgesetzes von der inzwischen erreichten Einvernehmlichkeit entfernt.

Stattdessen sind weitere, praktische Initiativen zur einheitlichen Verbesserung des Tierschutzes in Europa erforderlich. Die Bundesregierung hat hier eine große Aufgabe, die kraftvoll angegangen werden muss. Leider ist sie in den letzten eineinhalb Jahren dieser Aufgabe nicht gerecht geworden.

Probleme und Missstände im Tierschutz ergeben sich nicht in erster Linie aus unzureichenden rechtlichen Regelungen, sondern aus einer Missachtung des Gesetzes und vor allem beim grenzüberschreitenden Transport von Tieren. Verbesserungen für den Tierschutz werden darum nicht nur durch weitere Rechtsnormen

gefördert, sondern gerade die praktische Durchsetzung der bestehenden und durch die Schärfung des Problembewusstseins der Menschen, deren Obhut Tiere in unserer Gesellschaft anvertraut sind.

Darum setzt sich der Deutsche Bundestag auch weiterhin für eine stetige, konkrete und praktische Verbesserung des Tierschutzes auf nationaler wie europäischer Ebene ein. Eine weitere Erwähnung der Tiere im Grundgesetz nützt dem Tierschutz nicht. Ein Gesetzgeber, für den Tierschutz ohnehin einen hohen Stellenwert hat, sollte konkret Gesetze zur weiteren Verbesserung des Tierschutzes erlassen oder ändern oder – auf europäischer Ebene – auf Änderungen hinwirken statt sich selbst mit einer Verfassungsänderung einen Gesetzgebungsauftrag zu erteilen und lediglich den Anschein zu erwecken, als sei alleine hierdurch schon ein noch wirksamerer Tierschutz garantiert.

Der Deutsche Bundestag lehnt die Einführung einer gesonderten Staatszielbestimmung Tierschutz in das Grundgesetz daher ab. ■

Etikettenschwindel statt Problemlösung

Zur aktuellen Green-Card-Debatte erklärte der Berichterstatter für berufliche Bildung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Jork:

Nach jahrelangen Versäumnissen fehlen heute in Deutschland zahlreiche Fachingenieure, insbesondere in der Informations-, Computer- und Softwarebranche. Anstelle nun aber sachlich über dieses Problem zu diskutieren und effektive, langfristig greifende Lösungen anzustreben, erleben wir eine laute, polemische Debatte, Schuldzuweisungen und Fehlinformationen. Absurd wird es, wenn jemand, der einst Ministerpräsident in Niedersachsen war und dort 1996 einen Informatik-Studiengang schließen ließ, jetzt die Schuld am Missstand dem ehemaligen Zukunftsminister der CDU zuweist.

Zur Lösung des hausgemachten deutschen Problems wurde von Kanzler Schröder der wunderbar griffige Slogan „Green Card“ ins Spiel gebracht: Ausländische Spezialisten sollen, zeitlich befristet, ins Land kommen, und viele finden diesen Vorschlag ganz großartig.

Es lohnt allerdings, sich anzuschauen, was die Green Card in den Vereinigten Staaten eigentlich bedeutet: Man erwirbt sie,

- wenn man einen US-Bürger heiratet,
- wenn man eine große Summe (1,0 Mio. \$) investiert,
- wenn es der Arbeitgeber beantragt, was allerdings äußerst selten geschieht und nur dann, wenn
- die entsprechende Person eine Experte oder ein Spezialist in einen bestimmten Bereich (z.B. Zahnmedizininformatiker) ist, oder

● wenn man in der Lotterie des Diverse Immigrant Visa Program gewinnt.

Die Green Card in den USA ist unbefristet und enthält eine lebenslängliche Aufenthaltsbewilligung.

Das, was die Regierung Schröder nun vorschlägt, ist ein befristeter Aufenthalt für 3 bis 5 Jahre, danach sollen die Informatiköldner wieder in die Herkunftsländer abgeschoben werden. Eine langfristige Perspektive in Deutschland haben die Experten also nicht. Aber: nomen est omen, Verpackung ist einmal mehr wichtiger als der Inhalt.

Was nun so schnell wie möglich gemeinsam von Bund und Ländern angegangen werden muss, ist eine Reform unseres Bildungssystems. Das Studium von Technik und Naturwissenschaften muss dringend gefördert werden, auch wenn es in besonderem Maße Fleiß, Mühe, Selbstdisziplin und Energie erfordert und kaum Perspektiven für eine sichere Beamtenlaufbahn eröffnet. Qualifizierung und Nachqualifizierung, gerade für die zahlreichen arbeitslosen Ingenieure und Naturwissenschaftler in den neuen Bundesländern, muss Vorrang vor der Anwerbung ausländischer Fachleute haben.

Die Vision eines Bundestagsabgeordneten, der von Hause aus Ingenieur ist und sich seinem Beruf nach wie vor verbunden fühlt: Wir gehen Probleme konstruktiv an, verwenden in Diskussionen eindeutige Begriffe, wägen Argumente ab und unterlassen Schuldzuweisungen und Anklagen. Uns alle sollte die Erkenntnis einleuchten, dass die Zukunft nicht die Fortsetzung der Gegenwart sein kann.

Zustimmung zur Aktion „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“ wächst

„Nach einer Emnid-Umfrage sind 81 Prozent der nordrhein-westfälischen Wählerinnen und Wähler jetzt dafür, dass der Bedarf an fehlenden Computer-Experten durch mehr Ausbildung, bessere Schulen und Universitäten und durch Umschulungsmaßnahmen für Arbeitslose gedeckt werden. Lediglich 15 Prozent sind für die Anwerbung von 20.000 ausländischen IT-Kräften. Dieses Ergebnis zeigt, dass die nordrhein-westfälische CDU bei ihrer Informationskampagne „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“ voll auf die Unterstützung der nordrhein-westfälischen Wählerinnen und Wähler bauen kann,“ erklärte der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul. „Die Zahl der Zustimmung in der Bevölkerung wächst.“

Der Befragungszeitraum für die EMNID-Umfrage war der 7. bis 12. April 2000. Die Ergebnisse dieser repräsentativen Umfrage lauten im einzelnen:

● Einstellung zur Green-Card

87 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass durch den Zuzug ausländischer Computerexperten langfristig das Problem des Fachkräftemangels nicht gelöst werden kann. Vielmehr sei eine qualifizierte Ausbildung notwendig. Dieser Aussage stimmen 87 Prozent der SPD-Wähler und 89 Prozent der CDU-Wähler zu.

● Gründe für Fachkräftemangel

92 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Gründe für den Fachkräftemangel in einer falschen Schulpolitik in den Bundesländern liegt.

● Maßnahmen zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs

81 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass nur durch mehr Ausbildung, bessere Schulen und Universitäten und durch Umschulungsmaßnahmen für Arbeitslose der Bedarf an fehlenden Arbeitskräften im Computerbereich gedeckt werden kann.

Spontane Eingebungen des Kanzlers bringen uns nicht weiter

Auf das Ziel, Deutschland als High-Tech-Standort zu stärken und damit das Entstehen neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze zu fördern, die vorrangig mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem deutschen Arbeitsmarkt besetzt werden müssen, haben sich bei einem Treffen in Saarbrücken die Sozialminister Bayerns, Baden-Württembergs, Hessens, Sachsens, Thüringens und des Saarlands verständigt.

Zum Einsatz ausländischer IT-Experten erklärte die saarländische Sozialministerin **Regina Görner**: „Wir brauchen ein schlüssiges Gesamtkonzept statt spontaner Eingebungen des Kanzlers. Was damit verbunden ist, ist zu sensibel, als dass darüber einfach, wie es dem Politikstil Schröders entspricht, am Rande einer Messeeröffnung und ohne genaue Sachkunde entschieden werden könnte.“

Neue Bilanz auf dem Arbeitsmarkt ernüchternd

Zur aktuellen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärten die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Seehofer und Peter Rau:

Die Erfolgsmeldungen über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt waren verfrüht: Der Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen ist deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben und liegt mit 136.000 deutlich hinter denen, die in den letzten beiden Jahren zu verzeichnen waren. Zudem dürfte der leichte Abbau der Arbeitslosigkeit im wesentlichen auf die üblichen saisonalen Schwanken zurückzuführen sein. Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitslosen dagegen um 8.000 gestiegen.

Erfolge auf dem Arbeitsmarkt hat diese Regierung noch nicht zustande gebracht. Seit dem Regierungswechsel ist die Zahl der Arbeitslosen sogar um mehr als 175.000 gestiegen. Bedenkt man zudem, dass das Erwerbspersonenpotential laut Gutachten der Wirtschaftsinstitute in den Jahren 1998 und 1999 um 500.000 zurückgegangen ist, ist die Zahl der Beschäftigten insgesamt um rd. 675.000 gesunken. Damit hat Bundeskanzler Schröder sein Ziel gemäß seiner Regierungserklärung, die Arbeitslosigkeit deutlich zu reduzieren, nicht im entferntesten erreicht. Zu einer objektiven Beurteilung der Lage auf dem Arbeitsmarkt müsste zudem – wie früher üblich – auf diesen Zusammenhang hingewiesen und die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten zeitnah ausgewiesen werden.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass auch die Bundesregierung eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht herbeireden kann. Den großen Worten beim

Bündnis für Arbeit müssen endlich Taten folgen. Statt immer nur Arbeit umverteilen zu wollen müssen endlich die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass wieder neue Arbeitsplätze in Deutschland entstehen. Dazu sind aber strukturverändernde Maßnahmen notwendig, die insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen entlasten würden, in denen letztlich die Arbeitsplätze entstehen. Und dazu fehlen der Bundesregierung offenbar die Ideen und die notwendige Kraft.

Statistik ohne Wert

Zur Veröffentlichung der neuesten Arbeitslosenzahlen erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Solange die Ermittlung und Vorlage der Erwerbstätigen- und der Beschäftigtenzahlen durch BMA, Statistisches Bundesamt und Bundesanstalt für Arbeit verweigert wird, sind Angaben über Arbeitslosenquoten wertlos. Woran misst Jagoda eigentlich die Arbeitslosenzahl? Allein aufgrund der Demographie müsste die Arbeitslosenzahl stärker gesunken sein, als dies seit 1998 der Fall ist.

Um die tatsächliche Entwicklung zu verschleiern, werden offensichtlich die Inhaber von Mini-Jobs nicht mehr als Arbeitslose, sondern als „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte“ gerechnet. Die Bundesregierung muss eine echte Bilanz vorlegen. Ohne konkrete Beschäftigtenzahlen ist die Angabe über die Quote eine „Statistik ohne Wert“. Ohne diese Zahlen können weder die Notwendigkeit noch die Wirksamkeit von Mitteln der sogenannten

Claire Marienfeld gebührt unser aller Dank

Anlässlich der Diskussion im Bundestag um den Bericht der scheidenden Wehrbeauftragten Claire Marienfeld erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Annette Widmann-Mauz:

Die erste weibliche Wehrbeauftragte in der Geschichte der Bundeswehr hat mit ihrer Kompetenz, ihrem Einfühlungsvermögen und ihrem engagierten Einsatz für die Belange der Soldaten anfängliche Skeptiker überzeugt und hohes Ansehen gewonnen.

In ihre Amtszeit fielen tiefgreifende Veränderungen, insbesondere im Hinblick auf den sich erweiternden Auftrag der Bundeswehr. Die Zunahme der Auslandseinsätze und die damit verbundenen Probleme waren für alle neu und mussten mit neuen Lösungsansätzen beantwortet werden. Mit Au-



genmaß und Hartnäckigkeit hat sie sich stets dafür eingesetzt, moderne Führungsstrukturen und ein menschliches Miteinander in der Truppe weiterzuentwickeln, damit das Bild vom

„mündigen Bürger in Uniform“ auch in der Realität Bestand hat. Dies ist ihr hervorragend gelungen!

Sie kandidiert nicht wieder für dieses Amt, da sie die zunehmenden Kürzungen im Bereich der Bundeswehr und die damit für die Soldaten verbundenen Einschränkungen nicht mittragen wollte.

Claire Marienfeld hat sich als Frau in einer Männerdomäne durchgesetzt und sich große Achtung und Respekt erworben.

Ihr gebührt unser aller Dank!

aktiven Arbeitsmarktpolitik (46 Mrd. DM in 2000) beurteilt werden.

Schon Churchill sagte sinngemäß, er traue nur einer Statistik, die er selbst gefälscht habe. Schröder und Riester haben schon wieder ein übergroßes britisches Vorbild gefunden.

Deutsche Teilung setzt sich fort

Der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland entwickelt sich immer katastrophaler. Saisonbereinigt haben allein im März 2000 11.000 Menschen in Ostdeutschland ihren Arbeitsplatz verloren.

Vergleicht man die Zahlen mit dem Vorjahr, so hat eine ganze Stadt in dieser Zeit ihre Arbeitsplätze verloren, rund 60.000 Menschen. Noch bedrückender ist jedoch

die Jugendarbeitslosigkeit, deren Anstieg binnen Jahresfrist um fast 20.000 Jugendliche eindringlich zu zielgerichteter Politik mahnt. Gerhard Schröders Chefsache Aufbau Ost ist für diese Menschen nur noch bitterer Hohn. Sie sind von dieser Bundesregierung alleingelassen worden.

Günter Nooke, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Menschen in unserem Land brauchen eine Politik, die den ersten Arbeitsmarkt fördert und dadurch Arbeitsplätze schafft. Vor allem in Ostdeutschland müssen klare Prioritäten gesetzt werden: Infrastrukturinvestitionen, Straßen- und Schienenwegebau und klare Akzente in der Wirtschaftsförderung. Nur so entstehen neue Arbeitsplätze. Das ist die Aufgabe der Bundesregierung. ■

Richard von Weizsäcker zum 80. Geburtstag

Sie haben die Menschen mit Ihrem Wort bewegt

Anlässlich des 80. Geburtstages von Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker am 15. April hat die Parteivorsitzende Angela Merkel folgendes Glückwunschsreiben übermittelt:

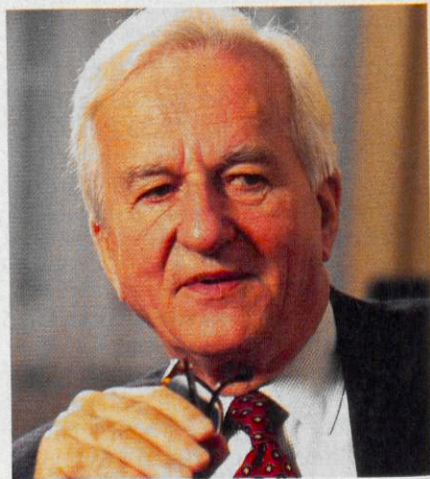
*Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
lieber Herr von Weizsäcker,*

zur Vollendung Ihres 80. Lebensjahres gratuliere ich Ihnen – auch im Namen der CDU Deutschlands – sehr herzlich.

Ihr Ehrentag bietet mir willkommene Gelegenheit, Ihnen meinen tiefen Respekt für eine Lebensleistung zu bekunden, die die Menschen in unserem Lande nachhaltig beeindruckt hat.

Für mich persönlich in bester Erinnerung wird Ihre Rede am 8. Mai 1985 bleiben, die ich damals aus dem Blickwinkel der DDR verfolgt habe. Sie haben die Menschen mit Ihrem Wort bewegt und mit Ihrem Auftreten Maßstäbe gesetzt. Sie haben bewiesen, dass politischer Einfluss nicht an die Insignien der Macht gebunden sein muss, sondern dass die Kraft des Arguments und persönliche Integrität die Menschen ganz unmittelbar anzusprechen und zu überzeugen vermögen.

Als Vorsitzende der CDU liegt mir besonders daran, Ihnen zu danken für Ihr viel-



fältiges Engagement in unserer Partei. In den siebziger Jahren haben Sie die erste Grundsatzkommission der Union programmatisch auf neue Herausforderungen vorbereitet.

Ich wünsche Ihnen einen frohen Festtag im Kreise Ihrer Familie und Ihrer Freunde für Ihr neues Lebensjahr vor allem Gesundheit und Gottes Segen.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● E-MAIL: post@www.cdu.de

● T-ONLINE

*CDU#

○ X 400

c = de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● **„25 Jahre CDU-Mitglied“
Urkunde (DIN A4)**

Bestell-Nr. 0396
50 Expl.: 12,00 DM

● **„40 Jahre CDU-Mitglied“
Urkunde (DIN A4)**

Bestell-Nr. 0644
50 Expl.: 12,00 DM

● **„50 Jahre CDU-Mitglied“
Urkunde (DIN A4)**

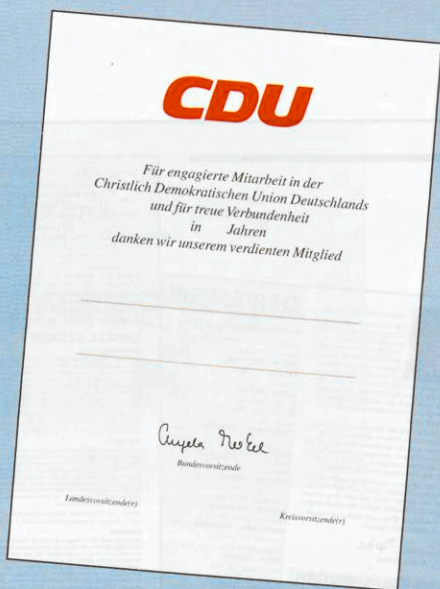
Bestell-Nr. 0071
50 Expl.: 12,00 DM

● **„ohne Jahresangabe“
Urkunde (DIN A4)**

Bestell-Nr. 0097
50 Expl.: 12,00 DM

● **„für besondere Verdienste“
Urkunde (DIN A4)**

Bestell-Nr. 0449
50 Expl.: 12,00 DM



Bestellschrift

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Fax: 0 25 24/91 13 10
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 1190
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

DER EM SPIEL

Liebe Fußballfreunde,
mit Spielen der deutschen Mannschaft gegen Portugal, Finnland und England können wir uns auf Sonntag, 10. Juni, ablassen. Vom 10. Juni bis nächsten Sonntag werden wir alle die Wochen vor der großen Fußball-EM erwarten. Ich hoffe, dass die deutsche EM erfolgreich ist und auch noch nach der Halbfinalspiel in Brüssel und Amsterdam mitten im Westbinnen steht.

Erstmals wird die EM gleichzeitig in zwei europäischen Staaten ausgerollt. Das ist ein Anliegen und den Niederlanden, europäische Fußball für eine gelungenen, europäischen Kooperation und ein deutliches Zeichen für das Zusammenwachsen Europas. So wie im Sport, so sollte es auch in der Politik sein. Daher ist sich die CDU über die EM. Daher auch auf dem Weg der politischen Empörung weiter voranzuschreiten. Ich wünsche Ihnen viel Spaß und Freude bei spannenden Spielen.

Carsten Neuber
Dr. Angela Merkel

DIE TEILNEHMENDEN MANNSCHAFTEN

GRUPPE A	GRUPPE C
Deutschland	Spanien
Finnland	Norwegen
Portugal	Jugoslawien
England	Slowakei
GRUPPE B	GRUPPE D
Belgien	Niederlande
Schweden	Tschechien
Italien	Frankreich
	Dänemark

PREISAUSSCHREIBEN

1. Preis: ein Jahres Abo des Kickers Sportmagazines.
2. Preis: zwei Eintrittskarten für ein Landespiel nach ihrer Wahl.
3. - 15. Preis: ein Lederfußball.

Die Frage lautet:
Wieviel EM-Titel hat unsere Fußball Nationalmannschaft, Wähler gehört?

Also eingeschickt
Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und schicken Sie dies unter dem Stichwort «EM 2000» an die:
CDU-Bundesgeschäftsstelle, 184 Offiziellkeitsstelle
Friedrich-Ebert-Allee 79-73 · 53113 Bonn.
Einsendeschluss ist der 30.06.2000. Der Gewinner wird ersucht, bis zum 15. Juni die Lösung des Postzettel.

UNSERE GEGNER

Romänien
Der beste Spieler und ein glänzender Schützer ist Gheorghe Hagi. Er war schon einmal EM-Spieler in den USA und ein überragender Nationalspieler. Das Verteidigerpaar die rumänische Team besteht aus dem Mittelfeldspieler Gheorghe Popescu und dem Verteidiger Gheorghe Burdus. Der Torwart ist Gheorghe Popescu. Der Kapitän ist Gheorghe Burdus. Die Mannschaft ist ein Team, das sich durch seine schnelle und effektive Spielweise auszeichnet. Die Mannschaft ist ein Team, das sich durch seine schnelle und effektive Spielweise auszeichnet.

Portugal
Die Mannschaft ist ein Team, das sich durch seine schnelle und effektive Spielweise auszeichnet. Die Mannschaft ist ein Team, das sich durch seine schnelle und effektive Spielweise auszeichnet.

England
Die Mannschaft ist ein Team, das sich durch seine schnelle und effektive Spielweise auszeichnet. Die Mannschaft ist ein Team, das sich durch seine schnelle und effektive Spielweise auszeichnet.

STÄDTE UND STADIEN

AMSTERDAM (725 000 Einwohner), ArenA (50 000 Sitzplätze), Heimstadion von Ajax Amsterdam, fünf Spiele, drei Gruppenspiele, ein Viertelfinale, ein Halbfinale.

ARNHEIM (133 000 Einwohner), Gelredome (30 000 Sitzplätze), Heimstadion von Vitesse Arnhem, drei Gruppenspiele.

BRISSEL (116 000 Einwohner), King-Baudouin-Stadion (50 000 Sitzplätze), Nationalstadion von Belgien, fünf Spiele, drei Gruppenspiele, ein Viertelfinale, ein Halbfinale.

BRISSEL (116 000 Einwohner), King-Baudouin-Stadion (50 000 Sitzplätze), Nationalstadion von Belgien, fünf Spiele, drei Gruppenspiele, ein Viertelfinale, ein Halbfinale.

CHARLEROI (206 000 Einwohner), Stade Constant de la Place de Charleroi (30 000 Sitzplätze), Heimstadion von SC Charleroi, drei Gruppenspiele.

ENDHOVEN (195 000 Einwohner), Philips Stadion (50 000 Sitzplätze), Heimstadion von PSV Eindhoven, drei Gruppenspiele.

LITZICH (190 000 Einwohner), Schürab (30 000 Sitzplätze), Heimstadion von Standard Lüttich, drei Gruppenspiele.

ROTTERDAM (600 000 Einwohner), De Kuip (50 000 Sitzplätze), Heimstadion von Feyenoord Rotterdam, fünf Spiele, drei Gruppenspiele, ein Viertelfinale, ein Halbfinale.

EURO 2000

Fußball-Europameisterschaft
10. Juni bis 2. Juli 2000
in Belgien und den Niederlanden

CDU

SCHLUSSTABELLEN

GRUPPE A	GRUPPE C
1. 2.	1. 2.
GRUPPE B	GRUPPE D
1. 2.	1. 2.

Sonntag, 2. Juni
Rückrunde um die Halbfinalplätze

Fußball Europameister 2000

1. 2.

● **EURO 2000**
Fussball EM-Kalender
Bestell-Nr. 9653
Verpackungseinheit: 200 Expl.
Preis je 200 Expl.: 18,00 DM

UID

14/2000

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (0226) 802-0, Telefax (0226) 802-11/333. Vertrieb: Tel. (0226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 00). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.